



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

6. Sitzung vom 27. Januar 2025

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Karin Müller (Präsidentin)

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Peter Frauchiger, Christoph D. Maier, Jonathan Noack, Michelle Röschli

Gian Kamber anwesend ab 20.05 Uhr

Präsidentin:

Karin Müller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP begrüsst ihre Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Gemeindepräsidentin und die Mitglieder des Gemeinderats. Weiter heisst sie die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Protokollführerin Linda Gerstner und den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, die Vertreter der Medien sowie alle Gäste willkommen. Ganz besonders begrüsst sie Elif Çakar, Grüne, die heute ihre erste Sitzung hat.

Leider muss die Votantin auch heute wieder einen Rücktritt vermelden. Michelle Röschli, Mitte, tritt per sofort aus persönlichen Gründen aus dem Einwohnerrat zurück. Sie hat sich bereits für heute abgemeldet. Michelle Röschli ist seit dem 1. Juli 2024 Mitglied des Einwohnerrats. Sie war seit diesem Zeitpunkt Ersatzmitglied der GRPK und seit Anfang Jahr Ersatzmitglied der RPK. Nun verlässt sie das Parlament leider. Die Präsidentin dankt ihr für ihren Einsatz und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft.

Am Schluss der Sitzung wird es einen kleinen Apéro geben. Dazu möchte die Präsidentin das Wort der Gemeindepräsidentin geben.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP hat es bereits Ende letzten Jahres im Büro angekündigt. Es ist ihr wichtig, dass sich die Anwesenden nicht nur zu den politischen Geschäften hier im Rat austauschen oder auch in Kommissionen, wo es immer sehr sachthematisch ist, sondern dass man auch persönlich miteinander Kontakt hat. Nach den Sitzungen rennen die einen in die eine Beiz und die anderen in die andere und gewisse gehen nach Hause, was auch völlig ok ist. Es ist ein Versuch, nach der Sitzung hier im Saal einen kleinen, unkomplizierten Apéro zu machen und schnell zusammen zu stehen. Dass die Gespräche bei einem Glas Wasser, Orangensaft, Bier oder Wein stattfinden. Dass die, die eigentlich noch in die Beiz möchten, aber unterwegs auf den Heimweg abzweigen, doch vielleicht noch stehen bleiben. Es ist ein Versuch. Die Votantin hofft, die Anwesenden tragen diesen mit. Ziel ist es, dass man sich nicht nur auf der politischen Ebene austauscht, sondern auch persönlich. Das macht dann auch die politischen Geschäfte etwas einfacher und das ist das Ziel dieses Apéros.

Präsenz

Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Jonathan Noack, SP, Michelle Röschli, Mitte/GLP, Peter Frauchiger, FDP, Christoph D. Maier, FDP, und Gemeinderat Lukas Alt. Gian Kamber, Mitte/GLP, wird sich etwas verspäten. Damit sind es heute, nach dem Eintreffen von Gian Kamber, 36 Personen im Rat. Das absolute Mehr liegt bei 19 und das Zweidrittelmehr bei 24.

Neue Vorstösse

Nr. 42, Interpellation St. Siegel, SVP: Budgetneutralität

Nr. 47, Postulat St. Siegel, SVP: Vandalismus

Nr. 48, Interpellation H. Steffen, SVP: Samariterverein, Unterbringung Anhänger, finanzielle Unterstützung

Präsidentin Karin Müller, SP fragt, ob jemand seinen Vorstoss begründen möchte. Das ist nicht der Fall.

Traktandenliste

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erläutert, auf der Traktandenliste stehe das Geschäft «Initiative Baumschutz Binningen». Leider hat der Gemeinderat vergessen, den Entwurf des Baumschutzreglements vorprüfen zu lassen und dies erst gemerkt, als die Unterlagen bereits an den Einwohnerrat verschickt waren. Daher muss der Gemeinderat den Antrag stellen, das Geschäft zurückzuziehen. Er wird es wieder bringen, wenn es vorgeprüft ist. Die Votantin möchte aber die Gelegenheit nutzen, falls es noch Inputs dazu gibt – die hat sie zum Teil schon erhalten –, dann werden diese aufgenommen und auch gleich überarbeitet. Also falls noch jemand einen Input hat, darf man ihr diesen gerne mitteilen.

://: Das Traktandum «Initiative Baumschutz Binningen» (Gesch. Nr. 46) wird vom Gemeinderat zurückgezogen.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 16. Dezember 2024	
2. Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats, 2. Lesung	33
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.11.2024 Legislaturprogramm 2024 – 2028 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	32
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.01.2025 Interpellation K. Lancashire, FDP: Konkretisierung, Priorisierung und Überprüfung der Legislaturziele 2024-2028 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	40
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.11.2024 Dringliches Postulat GRPK: Ausschreibung des amtlichen Publikationsorgans Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	199/XIII
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.11.2024 Dringliches interfraktionelles Postulat: Eigener Anzeiger statt Anschluss an Leimentaler BiBo! Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	23
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.11.2024 Postulat Th. Haefele, FDP, und C.D. Maier, FDP: RecyPac - Sammlung von Kunststoff-Verpackungen und Getränkekartons Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	20
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.11.2024 Postulat R. Büchelin, SP: Für eine Erhöhung der Sicherheit in Binningen Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	22
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.11.2024 Interpellation G. Löhr, SP: Sportplätze in Binningen Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	29
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.12.2024 Grüngutgebühr – Teilrevision Abfallreglement und Einführung Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	43
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.12.2024 Energiestrategie Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	44
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.01.2025 Energiefonds - Bericht 2024, Ausblick Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	45

13.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.01.2025 Interpellation H. Steffen, SVP: Öffentliche Anlagen Paradiesstrasse/ Weinbergstrasse, Hölzlistrasse Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	18
14.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.01.2025 Motion Th. Schwarb, Grüne: Veloroute Leimental in Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	19
15.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.01.2025 Interpellation K. Lancashire, FDP: Zusatzbeiträge zu den Ergänzungsleistungen - Kostenentwicklung genauer beleuchten Geschäftskreisführung: Stephan Appenzeller	21
16.	Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 16. Dezember 2024

Präsidentin Karin Müller, SP teilt mit, beim Büro seien keine Änderungsanträge eingegangen. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 33

Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats, 2. Lesung

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP erläutert, in die Fassung, die den Ratsmitgliedern in ihren Unterlagen vorliegt, wurden die Änderungen aus der ersten Lesung eingearbeitet.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Es gibt keine Wortmeldungen.

DETAILBERATUNG

B. Rechnungsprüfungskommission

§ 34 Wahl und Aufgaben

Keine Wortmeldungen.

§ 35 Organisation

Keine Wortmeldungen.

§ 36 Externe Revision

Keine Wortmeldungen.

B^{bis} Geschäftsprüfungskommission

§ 36a Wahl und Aufgaben

Keine Wortmeldungen.

§ 36b Organisation

Keine Wortmeldungen.

B^{ter} Bau- und Planungskommission

§ 36c Wahl und Aufgaben

Keine Wortmeldungen.

§ 36d Wahl und Aufgaben

Keine Wortmeldungen.

VII. Wahlen

§ 48 Wahlen durch den Einwohnerrat

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Einstimmig JA (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

Antrag 2: Einstimmig JA (Abstimmung 02)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst die teilrevidierte Geschäftsordnung des Einwohnerrats gemäss Beilage.

://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst die Inkraftsetzung der teilrevidierten Bestimmungen der Geschäftsordnung des Einwohnerrats rückwirkend per 1. Januar 2025.

Traktandum 3

Nr. 32

Legislaturprogramm 2024-2028

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Stephan Siegel, SVP ist der Ansicht, da die SVP als einzige Partei nicht im Gemeinderat vertreten ist, könne sie etwas deutlicher reden, da sie keinen Gemeinderatsschutz pflegen muss. Daher lohnt es sich möglicherweise auch, bei seinem Votum gut zuzuhören. Er möchte vier resp. fünf Punkte ansprechen. Der erste Punkt ist, dass man leider sieht, dass es kein bürgerlicher Gemeinderat ist. Denn was im ganzen Programm fehlt, und was eigentlich auf allen Ebenen in der Schweiz beklagt wird, ist die überbordende Bürokratie. Es ist nichts dazu zu finden, dass sich die Gemeinde Mühe geben würde, die Bevölkerung und alle Beteiligten zu entlasten. Damit kommt der Votant zu vier konkreten Punkten, zu denen seine Fraktion etwas anmerken möchte. Beim ersten Punkt geht es um das Umwelt- und Energiebewusstsein der Bevölkerung, das gefördert werden soll. Also der schonende Umgang mit Ressourcen. Das scheint ihm etwas fehl am Platz. Der Gemeinderat muss nicht, und die Verwaltung schon gar nicht, den Bürger erziehen. Das passt hier nicht rein. Der Bürger weiss, was für ihn richtig und was falsch ist. Zweitens: «Der soziale Kontakt in den Quartieren und in der Gemeinde wird gestärkt.». Das wurde hier schon einmal diskutiert und ist nicht wirklich eine Staatsaufgabe. Die Leute wissen selbst, wie sie miteinander in Kontakt treten. Es war damals ein Thema, als die Kollegen der SP einen Vorstoss eingereicht haben bzgl. Quartiertreffs, die die Gemeinde organisieren soll.

Drittens: «Binningen verfügt über einen langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt und einen moderaten Steuerfuss.». Er ist der Meinung, die Steuern müssen möglichst tief sein, nicht moderat. Wenn man die

Massnahmen anschaut, dann sieht man, dass der Gemeinderat sogar das Gefühl hat, dass man einen moderaten Steuereffort habe. Denn es gibt keine Massnahmen dazu. Wie der Redner immer wieder betont, ist man weit davon weg. Der Kanton Baselland ist pro Kopf der zweithöchst besteuerte Kanton der Schweiz nach Genf. Da nutzt es auch nichts, wenn man sich am Neuzuzügerapéro damit brüstet, dass Binningen den dritten Rang im Kanton belegt, was den Gemeindesteuereffort betrifft. Baselland ist ein Hochsteuerkanton. Viertens: «Die Teilnahme der Bevölkerung an den politischen Prozessen ist gestärkt.». Als Massnahme ist Partizipation angegeben. Das ist nicht die Massnahme. Die Massnahme ist, dass der Gemeinderat darauf hört, was der Einwohnerrat und das Wahlvolk bestimmen und diese Vorgaben entsprechend umsetzt. Und nicht z.B. einen Anlass am Friedhof für den Werkhof zu machen mit einer Handvoll Teilnehmenden und dies dann als Referenz zu nehmen und zu sagen, man wisse nun, was die Bevölkerung möchte und damit den Wählerwillen umgehen zu wollen. Oder die Weigerung der professionellen Verwaltung zur Unterstützung der Milizparteien z.B. bei der Plakatierung.

Urs Hauri, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat namens der Grünen/EVP für die Darlegung seiner Gedanken im Legislaturplan, welche Geschäfte er in nächster Zeit angehen will. Die Fraktion nimmt die Ideen des Gemeinderats zur Kenntnis. Es gibt sicher vieles, was sie unterstützen können. Obwohl der Bericht nur zur Kenntnis ist, möchte die Fraktion doch noch zwei Punkte ansprechen. Erstens: Der Legislaturplan ist ja auch an die Öffentlichkeit gerichtet und nicht nur an den Einwohnerrat. Daher fänden sie ein paar einleitende Worte gut, die beschreiben, was die Grundlage und Sinn und Zweck dieses Legislaturprogramms sind. In dem Sinn, wie man es im letzten Legislaturplan gemacht hat. Die Fraktion findet, für die Bevölkerung, nicht speziell für den Einwohnerrat, würde dies dem Gesamtdokument guttun.

Der Redner möchte noch einen zweiten Punkt ansprechen im Bewusstsein, dass es natürlich nur Ideen und Stossrichtungen sind, die der Gemeinderat hier vorbringt. Unter «Die Spiel- und Sportanlagen sind attraktiv und zeitgemäss.» wird aufgeführt: «Das Jugendhaus und der Robi-Spielplatz werden an einem neuen Standort mit gleichwertigem Raumprogramm weitergeführt.». Die Fraktion hat sich gefragt, ob der Robi und das Jugendhaus nicht mehr zeitgemäss und attraktiv sind. Sie sind eigentlich vom Gegenteil überzeugt. Wenn das Thema hier im Legislaturprogramm erwähnt wird, dann liegt es wohl daran, dass der Robi und das Jugendhaus den Plänen vom Zoo etwas in die Quere kommen. Es handelt sich zwar nur um mögliche Massnahmen, aber während andere Sachen im Legislaturplan geprüft werden, tönt es hier schon sehr explizit und wie bereits beschlossen. Es liegen bekanntlich auch noch Vorstösse des Einwohnerrats zu diesem Thema vor. Zudem hat der Gemeinderat selbst gesagt, dass zuerst ein Diskurs erwünscht ist. Die Grünen/EVP haben daher einen Antrag für einen ergänzenden Beschluss zur Kenntnisnahme eingereicht: «Der Einwohnerrat bittet den Gemeinderat, das Ergebnis eines breit abgestützten demokratischen Entscheidungsprozesses abzuwarten, bevor er irgendwelche Massnahmen zur Verlegung des Jugendhauses und des Robi-Spielplatzes vornimmt.».

Präsidentin Karin Müller, SP weist darauf hin, dass es sich lediglich um eine Kenntnisnahme handelt. Daher können keine Anträge gestellt werden. Aber es kann natürlich darüber diskutiert werden.

Nina Eldridge, Mitte/GLP bedankt sich beim Gemeinderat für das Legislaturprogramm. Die Mitte/GLP würde auch gerne einige Punkte hervorheben. Sie begrüßen besonders, dass weiterhin die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird. Für junge Familien sind Frühbetreuung und schulergänzende Betreuung eine grosse Sorge. Die KiTas sind überfüllt und teuer. Viele Arbeitsnehmende wechseln nach Basel-Stadt, weil sie dort bessere Anstellungsbedingungen haben. Das verschärft den Engpass an Kinderbetreuer/innen und schafft Wartelisten. Zudem kann Binningen im Moment nicht für jede Anmeldung für den Mittagstisch einen Platz bieten. Somit gibt es weitere Wartelisten, bei denen gewisse Familien nur hoffen können, dass sie bald nachrücken. Wenn man diese Lücken schliessen kann, wird Binningen weiterhin ein attraktiver Standort für Familien bleiben. Weiter ist der Fraktion der Wortlaut bzgl. der Schulräume aufgefallen. Dort wird beschrieben, dass sie ausreichend sein sollen. Es wäre wünschenswert, wenn so etwas Wichtiges wie die Schulen nicht nur ausreichend, sondern auch zeitgemäss wären. Auch wäre es wünschenswert, der wirtschaftlichen Standortattraktivität im Legislaturprogramm

mehr Gewicht zu geben und sie weiter zu fördern. Wenn man das Legislaturprogramm durchliest, fällt auch auf, dass Themen wie Umwelt, Klima und Energie eher zu kurz kommen. An gewissen Stellen wird etwas erwähnt von «Umwelt- und Energiebewusstsein der Bevölkerung fördern» oder «ressourcenschonend und emissionsarm» wird beim Verkehr erwähnt. Aber vor dem Hintergrund, dass der Klimawandel eine der drängendsten Fragen unserer Zeit ist, hätte die Mitte/GLP mehr Fokus auf das Thema erwartet.

Andrea de Fregias, SP äussert, die SP habe das Legislaturprogramm genau angeschaut und sehe viele positive Ansätze, die wichtig sind für ein soziales, solidarisches und ökologisches Zusammensein in Binningen. Insbesondere begrüsst die Fraktion die Massnahmen zur Förderung von Familie und Beruf durch schulergänzende Betreuung, der Ausbau der Betreuungs- und Pflegeangebote mit Tages- und Nachtstätten und die Förderung von kultureller Vielfalt mit Anlässen für alle Bevölkerungsgruppen. Für diese Bemühungen dankt die SP dem Gemeinderat ganz herzlich. Es gibt aber zwei Punkte, die sie kritisch sehen und diese möchte die Rednerin gerne ansprechen. Mehr Grünfläche verbessert die Luftqualität und die Gesundheit und fördert die Biodiversität. Im Legislaturprogramm wird zwar mehr Grünfläche erwähnt, aber es bleibt unklar, wie diese Massnahme genau umgesetzt werden soll. Wo soll diese Grünfläche entstehen? Was ist der konkrete Plan? Wie sollen die Strassen entlastet werden? Zum anderen machen sie sich Sorgen um die geplante Verlegung des Robi-Spielplatzes. Im Legislaturprogramm wird geschrieben, dass der Robi-Spielplatz an einen gleichwertigen Standort verlegt wird. Die SP-Fraktion ist davon aber nicht überzeugt und der Meinung, darüber sollten die Einwohnerinnen und Einwohner von Binningen mitentscheiden dürfen. Trotz dieser Punkte möchte die Fraktion betonen, dass sie das Programm grundsätzlich schätzt und die Arbeit des Gemeinderats würdigt. Die SP nimmt das Legislaturprogramm zur Kenntnis und dankt für die Mühe und Zeit, die in die Erarbeitung geflossen sind.

Kevin Lancashire, FDP möchte sich nur auf einen Punkt fokussieren. Das ist auch das Thema seiner Interpellation: Fokus und Priorisierung. Das macht er nun direkt. Den Rest kann man lesen, auch die Antworten des Gemeinderats, die seiner Meinung nach sehr umfassend sind. Der Votant möchte nur auf das Thema Sport- und Schwimmhalle eingehen, da dieses für seine Fraktion eine sehr grosse Strahlkraft hat und für den Standort Binningen sehr wichtig ist. Es ist verständlich, dass der Gemeinderat im Moment noch keine detaillierten Angaben machen kann, da er noch Bedarfsabklärungen macht. GESAK, RESAK wurden genannt, also Sportanlagenkonzept regional zum Beispiel. Es ist sinnvoll, diese Ergebnisse abzuwarten, bevor man konkrete Pläne macht. Andererseits ist es für die Bevölkerung und den Einwohnerrat unbefriedigend, keine genaueren Informationen zu haben. Er möchte ganz konstruktiv anregen, sich in Zukunft bei solch riesigen, kostspieligen Projekten darauf zu einigen, die Ziele etwas herunter zu brechen. Dass man z.B. mindestens einen groben Zeitplan veröffentlichen könnte, auch wenn noch nicht alle Details feststehen und zweitens darauf achtet, gerade bei einem solch wichtigen Projekt, dass man die Bevölkerung regelmässig informiert. Also dass man über alle Schritte der groben Planung informiert. Und Drittens, das hat der Gemeinderat in seiner Antwort bereits geschrieben, dass man Möglichkeiten zur Mitwirkung schafft. Hier bieten die digitalen Tools, welche der Redner sehr begrüssenswert findet und persönlich auch kennt, grosse Chancen. Wie gesagt: Die anderen Themen kann man in seiner Interpellation oder in den Antworten des Gemeinderats nachlesen. Das wäre der Punkt seiner Fraktion. Die FDP nimmt die Ziele zur Kenntnis.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. Das Legislaturprogramm des Gemeinderats hat eine relativ hohe Flughöhe und es schliesst natürlich nicht aus, dass die bestehenden Pläne und Strategien ebenso einfließen. Es gibt eine Energiestrategie. Es gibt einen Massnahmenplan Klimaanpassung. Dass man diese Themen nicht alle noch ins Legislaturprogramm übernommen hat, scheint ihr relativ offensichtlich. Sie werden aber natürlich trotzdem weiterbehandelt. Im Weiteren gibt es viele Sachen, an denen der Gemeinderat arbeiten möchte, wo er gewisse Aspekte/Themen angehen möchte z.B. Thema Sport- und Schwimmhalle, wie es Kevin Lancashire gesagt hat. Das sind aber alles Sachen, die der Gemeinderat selbstverständlich nicht einfach umsetzen kann ohne die Bevölkerung einzubeziehen. Auch wenn es um den Robi- und den Jugendhaus-Standort geht, kann der Gemeinderat nicht einfach bestimmen und sagen: «Das machen wir jetzt.». Aber er geht trotzdem mit

ein paar Ideen, was er angehen möchte, in eine Legislatur. Er sitzt nicht einfach in der Gemeinderatssitzung und wartet bis Vorstösse kommen, um diese dann abzuarbeiten. Es waren Gedanken, die sich der Gemeinderat gemacht hat. Sachen, die er konkret angehen möchte. Aber es ist auch klar, dass alles, was dann umgesetzt und wofür die Bevölkerung gebraucht wird, zuerst hier in den Rat kommt. Und dort, wo es Sinn macht, wird die Gemeinde selbstverständlich auch die neuen Mitwirkungstools, aber auch andere Formaten, mit denen man die Bevölkerung abholen kann, einsetzen.

Informieren ist ein wichtiger Punkt und das macht der Gemeinderat gerne. Aber man muss aufpassen, dass man nicht informiert, wenn man nichts Konkretes zu sagen hat. Es ist immer ein Abwägen zwischen «Können wir schon etwas sagen?» oder «Sagen wir etwas, damit informiert ist, aber eigentlich hat es noch keinen Inhalt». Das ist immer ein Abwägen. Aber grundsätzlich sind sich die Anwesenden vermutlich alle einig, Information ist wichtig. Dann vielleicht noch ein letzter Punkt in Bezug auf die Steuerpolitik. Die Gemeinde ist stolz, dass sie den dritttiefsten Steuerfuss im Kanton hat. Die kantonale Steuerpolitik kann hier im Saal nicht geändert werden. Aber man kann etwas für die kommunale tun. Dort ist Binningen relativ gut unterwegs und darauf darf man auch stolz sein. Damit dankt sie nochmals für die Anregungen, die sie gerne mitnimmt. Die Gemeindepräsidentin freut sich. Es ist das erste Mal, dass es zum Legislaturprogramm so etwas wie eine Diskussion gegeben hat. In den letzten Jahren wurde es einfach zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat wird in der nächsten Legislatur vielleicht noch genauer jeden Buchstaben und jedes Wort anschauen, das er schreibt, wenn er jetzt weiss, dass es so genau unter die Lupe genommen wird.

Gaida Löhr, SP ist es ein Anliegen, auf das Votum von Stephan Siegel zu reagieren, der das klassische Lied der Eigenverantwortung der Bürger und Bürgerinnen angetönt hat. Sie ist der Meinung, der Gemeinderat habe durchaus recht, wenn er gewisse Sachen aktiv angeht. Die Tatsache, dass es sehr viele Menschen gibt, die unter Einsamkeit leiden, ist heutzutage bekannt. Das zeigen verschiedene Studien. Hier zu sagen, es sei überflüssig, dass der Gemeinderat sich einmische und die Politik etwas unternehmen will, findet die Rednerin nicht in Ordnung. Das Gleiche gilt bei der Ökologie. Andere haben ebenfalls gesagt, man solle mehr machen. Auch hier: Eigenverantwortung reicht nicht immer. Sie findet, es sei eine grundsätzliche Entscheidung. Der Gemeinderat hat es etwas anders dargestellt. Ihr ist es wichtig, dass dies nicht unwidersprochen bleibt.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt das Legislaturprogramm 2024 - 2028 zur Kenntnis.

Traktandum 4

Nr. 40

Interpellation K. Lancashire, FDP: Konkretisierung, Priorisierung und Überprüfung der Legislaturziele 2024-2028

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP informiert, die Ratsmitgliedern haben die schriftlichen Antworten des Gemeinderats auf die Interpellation in ihren Unterlagen. Sie fragt den Interpellanten, ob er mit den Antworten zufrieden ist oder ob er Diskussion wünscht.

Interpellant Kevin Lancashire, FDP ist zufrieden mit den Antworten.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Antworten des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 5

Nr. 199/XIII

Dringliches Postulat GRPK: Ausschreibung des amtlichen Publikationsorgans

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Stefan Kaiser, FDP äussert, die FDP schliesse sich dem Gemeinderat an und stimme für Abschreibung. Es handelt sich hierbei um Geschichtsschreibung. Kommentare und Bemerkungen wird die Fraktion beim nächsten Geschäft abgeben. Die Antworten des Gemeinderats, wie sie formuliert sind, nimmt die FDP so zur Kenntnis.

Felix Gerber, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für das Vorgehen. Die Fraktion unterstützt den Austritt aus der Arbeitsgruppe für die gemeinsame Ausschreibung, nachdem im Einwohnerrat eine deutliche Ablehnung zu spüren war. Der Prozess, der zu diesem Abbruch geführt hat, war natürlich nicht optimal. Die Entscheidung für die gemeinsame Ausschreibung ist vor über zwei Jahren gefallen. Kommunikationsverantwortliche haben mehr als ein Jahr an einer gemeinsamen Ausschreibung gearbeitet. Kündigungen für Publikationsorgane wurden eingeleitet und jetzt nach zwei Postulaten und einem round table wurde die Übung abgebrochen. Das ist nicht tragisch. Aber für ein nächstes Mal, wenn es Aktivitäten mit einer solchen politischen Tragweite gibt, wäre es vielleicht gut, wenn man sich vorher auf eine Stossrichtung einigen könnte, bevor man so viel Zeit und Ressourcen investiert. Als Beispiel ist es der Fraktion sehr positiv aufgefallen, wie Gemeinderat Stephan Appenzeller in der letzten Sitzung über die Unterstützung für KiTas informiert hat. Das gibt den Ratsmitgliedern die Möglichkeit zu wissen, was vor sich geht und Fragen zu stellen, wie dies auch schon in einer Interpellation geschehen ist. Das wird nicht immer möglich sein, aber wäre in diesem Fall vielleicht sinnvoll gewesen. Trotzdem möchte sich die Mitte/GLP beim Gemeinderat bedanken. Aus ihrer Sicht war es eigentlich ein Schritt in die richtige Richtung und ebenso ist es jetzt ein richtiger Schritt, die Übung abubrechen, wenn es keine Mehrheiten dafür gibt.

Karin Glaser, Grüne/EVP erläutert, ihre Fraktion sei eigentlich der gleichen Meinung wie die Vorredner. Sie begrüssen es, dass der Gemeinderat das Ganze ernst nimmt und beschlossen hat, eine Arbeitsgruppe für ein eigenes Publikationsorgan zu bilden. Die Grüne/EVP stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu und schreibt das Postulat ab.

Richard Bräunlich, SP äussert, auch die SP begrüsse die Abschreibung und möchte sich für die Arbeit des Gemeinderats bedanken.

Christian Schmid, SVP führt aus, auch die SVP werde dem Antrag des Gemeinderats folgen. Die Fraktion ist für einmal, fast ausnahmsweise, zufrieden mit dem Vorschlag.

ABSTIMMUNG

Abschreiben: 33 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Das Postulat 199/XIII wird abgeschrieben.

Traktandum 6

Nr. 23

Dringliches interfraktionelles Postulat: Eigener Anzeiger statt Anschluss an Leimentaler BiBo!

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Stefan Kaiser, FDP erklärt, die FDP hätte sich erhofft, dass vor der erneuten Ausschreibung eine Bedarfsanalyse erstellt worden wäre. Z.B. mit den Fragen: Wer ist die Zielgruppe? Wie will man diese Zielgruppe erreichen? Was wäre oder was ist das geeignete Medium oder die geeignete Plattform? Anschliessend hätte man dann hoffentlich eine innovativere Lösung präsentieren können als wohl wieder ein vierseitiges Blatt. Die Fraktion findet es schade, dass man sich hier eine Möglichkeit, etwas über den Tellerrand hinaus zu schauen oder etwas weiter zu denken als bisher verbaut hat. Antworten auf diese Fragen hätte sich die FDP in diesem Geschäft wirklich erhofft. Die GRPK hat sich in der letzten Legislatur dezidiert dazu geäussert. Mit einer Gemeindehomepage und einem Blatt Papier ist es aus ihrer Sicht nicht getan, da nicht nur die deutschsprechende Wohnbevölkerung angesprochen werden soll, sondern auch die, die dieser Sprache noch nicht so mächtig sind, integriert und abgeholt werden sollen. Die FDP ist gespannt, wie die Lösung, die der Gemeinderat nach dieser Ausschreibung präsentieren wird, aussehen wird.

Für *Felix Gerber, Mitte/GLP* war es nicht so klar, dass in dieser Ausschreibung innovative Lösungen bereits ausgeschlossen sind. Seine Fraktion würde diese natürlich auch begrüssen. Ansonsten stimmen sie der Abschreibung ebenfalls zu.

Richard Bräunlich, SP signalisiert, auch die SP sei für die Abschreibung. Die Fraktion ist gespannt, was dabei herauskommt und sehr zuversichtlich.

Karin Glaser, Grüne/EVP kann sich ihren Vorrednern anschliessen. Die Grünen/EVP sprechen sich auch für die Abschreibung des Postulats aus.

ABSTIMMUNG

Abschreiben: 34 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird abgeschrieben.

Postulat Th. Haefele, FDP, und C.D. Maier, FDP: RecyPac - Sammlung von Kunststoff-Verpackungen und Getränkekartons

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Leon Behrends, FDP dankt dem Gemeinderat namens der FDP für die Prüfung und Stellungnahme zum Postulat. In der Antwort zur ersten Frage schreibt der Gemeinderat, dass eine Teilnahme an RecyPac nur dann sinnvoll sei, wenn die Separatsammlung von Plastik nicht den Preis für einen normalen Kehrichtsack verteuere. Auch in den Antworten zu den Fragen drei und vier wird die Wichtigkeit der Preisstabilität des Kehrichtsacks betont. Die Fraktion hätte gerne mehr Klarheit darüber, wieso der Gemeinderat zu diesem Schluss kommt. Aus ihrer Sicht wäre eine solche Entwicklung nicht zwingend negativ, da mit höheren Abfallgebühren der Anreiz zur Abfalltrennung steigen würde, was zu mehr Recycling und weniger Restmüll führt. Ein Ziel, das auch der Gemeinderat auf Seite 4 unter Punkt 1a anerkennt. Darüber hinaus betont die Fraktion, dass andere Gemeinden wie z.B. Allschwil bereits erfolgreiche Modelle für die Separatsammlung von Mischplastik eingeführt haben. Der Gemeinderat verweist in seiner Antwort erneut auf frühere Stellungnahmen, wonach eine Separatsammlung ökologisch nicht sinnvoll sei. Die FDP fragt sich, wieso andere Gemeinden zu anderen Schlüssen kommen.

Es gilt zu erwähnen, dass das Recycling von Kunststoff noch jung ist und grosses Optimierungspotenzial bietet. Zum Vergleich: Auch das Aluminium-Recycling war zu Beginn weder ökologisch noch effizient. Das hat sich jedoch über die Jahre signifikant verbessert. Die Fraktion sieht es als sinnlos an, potenzielle Wertstoffe einfach zu verbrennen, anstatt ihnen durch Recycling eine zweite Chance zu geben. Im abschliessenden Satz schreibt der Gemeinderat, dass die Separatsammlung dann erneut geprüft werden sollte, wenn RecyPac sich als einziges System etabliert hat. Die FDP ist aber der Meinung, wenn alle auf die nationale Etablierung warten, wird diese nie zustande kommen. Sie rufen daher zu mehr Mut auf, auch innovative Lösungen frühzeitig zu unterstützen und voranzutreiben. Da aus ihrer Sicht noch Fragen offen sind, wird die Fraktion das Postulat überweisen, jedoch nicht abschreiben.

Olivier Kremo, SVP führt aus, das im Postulat angesprochene Konzept betreffend die Entsorgung von Kunststoffabfällen sei sicherlich sehr interessant. Allerdings macht es, wie vom Gemeinderat erläutert, zum jetzigen Zeitpunkt weder ökologisch noch ökonomisch Sinn. Die Fraktion möchte das Thema im Auge behalten. Falls es sich zu einem späteren Zeitpunkt durchsetzt, kann man es immer noch einführen. Für die SVP ist einfach prinzipiell wichtig, dass die Abfallentsorgung insgesamt nicht teurer wird. Aus diesem Grund wird die Fraktion den Anträgen des Gemeinderats folgen.

Erik Schellenberg, SP erklärt, die SP habe das Postulat kritisch geprüft und nehme wie folgt Stellung. Es gab vor wenigen Jahren ein ähnliches Postulat und damals stellte man fest, dass dafür kein Bedarf besteht. Es an eine Firma zu delegieren, die im Ausland tätig ist, macht die Sache auch nicht besser. Die SP steht voll ein für den Umweltschutz. Ihr Ziel ist eine Kreislaufwirtschaft, die bisher noch nicht besteht. Wichtig ist aber die Verhältnismässigkeit. Wieso soll Plastik eingesammelt werden, Glas aber nicht? Das ist doch viel schwerer und heikler. Schon jetzt können die meisten Kunststoffe bei den Grossverteilern abgegeben werden. Zusätzliche Transporte werden vermieden, indem dies an die Zentrale geht, die Ware geliefert hat. Dieses System lässt sich vielleicht noch verbessern. Zusammen mit den Grossverteilern kann vereinbart werden, wie separiert und gesammelt wird. Auch der Grossverteiler hat ein Interesse daran, Waren möglichst effizient zu verpacken und wenig Abfall zu produzieren.

Es gibt eine übergeordnete Stelle, auf die die Anwesenden keinen Einfluss haben, bei der aber auch etwas passieren muss. Beim Bund und Kanton muss entschieden werden, wie die Abfallmenge reduziert und wie separiert werden kann. Das Anliegen ist sehr komplex. Es braucht einen grossen Umsatz und ein grosses Einzugsgebiet, um dies zu bewerkstelligen. Weiter muss in der Industrie und im Handel längerfristig umweltfreundlicher gehandelt werden. Der Redner erinnert daran, dass vor ein paar Jahren ein Grossverteiler Tetra Paks zurücknehmen wollte und nach ein paar Monaten wurde das wieder aufgegeben. Eine Bezeichnung auf der Verpackung ist vielfach nicht vorhanden oder kaum sichtbar, sodass der Kunde, wenn er es trennen möchte, gar nicht trennen kann. Natürlich gibt es auch immer grössere Objekte wie z.B. ein Plastikfass oder ein kaputtes Dreiradvelo. Das kann nicht mehr bei einem Grossverteiler retourniert werden. Dafür bräuchte es eine Mulde, die der Werkhof zur Verfügung stellen könnte, ähnlich wie er dies bei Steinen und Erde macht. Kurz: Die SP sieht keinen Bedarf für eine separate Einsammlung und beantragt Überweisung und Abschreibung.

Karin Glaser, Grüne/EVP findet es bemerkenswert, dass die FDP nun auch auf diesen Zug aufspringt, nachdem sie selbst bereits zwei Anläufe genommen hat, um eine Kunststoffsammlung einzuführen bzw. prüfen zu lassen und in Betracht zu ziehen, diese in Binningen einzuführen. Leider wurde das Anliegen jedes Mal abgewiesen. Damals hatte ihre Partei keine Unterstützung von der rechten Ratsseite. Jetzt springt die FDP auf den Zug auf, was auf eine Art durchaus begrüssenswert ist. In der Zwischenzeit hat sich die Welt weitergedreht und man weiss, dass die Kunststoffsammlungen tatsächlich z.T. etwas grenzwertig sind. Vor allem, wenn Restkunststoff an den unpassendsten Orten in der Wüste oder im Wasser oder wo auch immer landet und nicht in einer Verbrennung oder im Recycling. Was grundsätzlich fast die beste Lösung wäre, ist aber natürlich nicht Sache des Gemeinderats, wäre ein Pfand auf die Flaschen einzuführen. Die Grünen/EVP warten auf eine bessere Lösung, was das Recycling betrifft, bis es eine etwas ausgereifere Sache ist und werden das Postulat daher abschreiben.

Lukas Jegge, Mitte/GLP bedankt sich namens der Mitte/GLP für den vorliegenden Bericht des Gemeinderats. Die Fraktion erachtet die Thematik als wichtig und dankt den Postulanten für das Einreichen dieses Postulats. Das Thema wurde in den vergangenen Jahren mehrfach im Einwohnerrat diskutiert. Die Mitte/GLP teilt das Ziel, dass, wenn immer möglich, Abfall vermieden und reduziert werden soll. Sie begrüssen prinzipiell die angestrebte Kreislaufwirtschaft von Mischplastik. Eine Kreislaufwirtschaft macht aber nur dann Sinn, wenn sie ökologisch vorteilhaft ist und sich in einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis befindet. Die Ökobilanz beim Rezyklieren von Kunststoff ist in der Tat sehr tief. Verschiedene Studien des Bundesamts für Umwelt belegen diesen Sachverhalt.

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass weniger als vier Kilometer von hier der Abfall inkl. Kunststoff in der KVA Basel ohne grossen Aufwand in Strom und Fernwärme umgesetzt werden kann – und nicht zuerst gepresst, allenfalls nach Österreich gefahren, dort sortiert und kostspielig wieder zurückgebracht werden muss –, dann ist klar, dass Verbrennen in der KVA Basel im Moment die effizienteste Lösung darstellt. Aus diesen Gründen ist eine sorgfältige Prüfung der Ökobilanz bei dieser Thematik sehr wichtig. Die Gemeindepolitik sollte diese wichtige Angelegenheit weiterverfolgen und beobachten. In den letzten Wochen sind in der Presse vermehrt Artikel dazu erschienen. Vermutlich haben die Anwesenden sie ebenfalls gelesen. Sollte sich eine Lösung abzeichnen, die die Ökobilanz beim Einsammeln und Rezyklieren von Mischplastik verbessern würde, würde die Fraktion dies selbstverständlich unterstützen. Die Mitte/GLP empfiehlt die Überweisung des Geschäfts an den Gemeinderat. Die Fraktion möchte das Postulat aber nicht abschreiben.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. Der Wunsch der FDP, dass man den Abfall verteuert, um mehr Trennung und Wiederverwertung herbeizuführen, steht etwa 180 Grad entgegen dem Wunsch der SVP, dass man es ja nicht teurer macht. Dort sieht man bereits das Dilemma, das man hat. Der Gemeinderat hat nicht vor, den Abfall zu verteuern. Daher müsste eine Plastiksammlung günstiger sein als der Schwarzsack, da die Leute das Plastik sonst im Schwarzsack entsorgen. Das ist relativ einfach. Dass eine Plastiksammlung unter den gegebenen Umständen nicht die

effizienteste und ökologischste Lösung ist, konnte man in verschiedenen Voten hören. Lukas Jegge hat erwähnt, dass letzte Woche einige Artikel zum Thema RecyPak in den Zeitungen erschienen sind, die unter dem Strich zum gleichen Schluss kommen. Es ist eine gute Idee, aber es ist leider noch nicht dort, wo es hin sollte.

Für den Gemeinderat ist klar, dass er den Weg gehen will, wenn es irgendwie sinnvoll möglich ist. Aber Allschwil ist die einzige Gemeinde, die es macht. Wenn es so wahnsinnig toll wäre, würden es noch andere Gemeinden machen. Der Gemeinderat möchte den ökologisch grössten Nutzen herausholen und daher schliesst sich die Gemeinde Binningen dieser Sammlung im Moment nicht an. Man kann aber, wie es Erik Schellenberg gesagt hat, viel bei den Grossverteilern zurückbringen und wer in Basel-Stadt einkaufen geht, kann sich dort an der Plastiksammlung beteiligen. Der Gemeinderat wird weiter beobachten, was sich in diesem Bereich tut und wird selbstverständlich eine Lösung anstreben, wenn sich eine bietet. Ob man das Postulat deswegen stehen lassen muss, ist dem Rat überlassen. Die Votantin kann den Anwesenden versichern, dass man Lösungen aufgreifen wird, wenn sie soweit sind, dass sie effektiv einen Mehrwert bringen. Aus Sicht des Gemeinderats kann der Einwohnerrat das Postulat gut abschreiben und ein Neues bringen, wenn es eine neue Lösung gibt. Aber wenn der Rat den Vorstoss lieber stehen lassen möchte, kann er ihn auch stehen lassen.

Daniel Setz, FDP ist etwas verwirrt und hat eine Frage an die Runde. Er sammelt zu Hause separat Plastik und bringt den Sack dann zum Waser. Wenn er es nun aber richtig versteht, ist das ökologischer Unsinn. Eigentlich müsste er den Plastik in den Abfall werfen, ist das richtig? Wäre es ökologischer, wenn er den Plastik im normalen Abfall entsorgen würde? Er versteht es nicht ganz.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP gibt ihrem Vorredner gerne eine Antwort. Wenn er nur deswegen mit dem Auto zum Waser fährt, ja. Dann würde er den Plastik lieber in den Schwarzsack werfen. Wenn er sowieso beim Waser vorbeifährt und diese Fahrt mit einem fossil betriebenen Fahrzeug unabdingbar ist, dann ist es kein Problem. Das ist genau das Problem, dass viele Leute extra wegen des Plastiksacks an einen Ort fahren. Dann ist es wiederum nicht sinnvoll. Das ist das Ergebnis der aktuellen Lage. Sie kann es nicht ändern. So ist es leider.

Stefan Kaiser, FDP möchte keine Diskussion darüber lancieren, wie sinnvoll es ist, mit dem Auto irgendwohin zu fahren. In diesem Artikel in den Medien, den mehrere Medien letzte Woche publiziert haben, ist aufgezeigt, wie man es machen kann. Wenn man einkaufen geht, nimmt man seine Glas- oder PET-Flasche mit und wirft sie gleich beim Grossverteiler ein. Wenn dort eine Mulde stehen würde, gäbe dies keine einzige Extrafahrt. Und dass die FDP gesagt haben soll, dass sie irgendwas teurer haben möchte, hat er auch nicht so gehört.

Ralph Büchelin, SP erläutert, Kleinstteile werfe er auch weg. Das erscheint ihm schwierig zu trennen. Die mittelgrossen Sachen wie Plastikflaschen kann man in den Supermärkten entsorgen. Aber die grossen Plastikgegenstände stellen für ihn ein gewisses Problem dar, z.B. ein Kinderschwimmbecken oder eine Regentonne. Was macht man damit? Soll man eine Abfallmarke darauf kleben? Dann kommt es in die Kehrrichtverbrennung. Oder könnte man dies nicht als wertvollen Rohstoff rezyklieren? Das wäre für ihn eine offene Frage.

Leon Behrends, FDP antwortet gerne direkt auf diese Frage. Da käme z.B. RecyPac als Möglichkeit in Frage.

Lukas Jegge, Mitte/GLP erklärt, was man in diesem Artikel lesen konnte und was an der ganzen Sache stossend ist, ist, dass es von Grossverteilern etc. gesammelt wird, dann wird es zusammengepresst und nach Österreich, nach Vorarlberg gefahren. Dort wird es getrennt, da man in der Schweiz noch keine Möglichkeit hat, den Kunststoff zu trennen. Anschliessend kommt das, was man noch weiter gebrauchen kann wieder in die Schweiz und wird zu Granulat verarbeitet. Das ist aber kein Plastik, das man für

hochkarätige Produkte wiederverwenden kann. Es wird in der Bauwirtschaft für Kunststoffröhren etc. eingesetzt. Das ist alles gut und recht. Der Redner findet es einfach stossend, dass man es zuerst ins Ausland fährt, dann wird es sortiert und kommt wieder in die Schweiz. Erst dann wird es zu Granulat weiterverarbeitet. Eine Firma in der Schweiz arbeitet offenbar daran, dass man das Plastik hier trennen kann. Wenn man dort soweit ist, findet er es auch aus ökologischer Sicht irgendwann sinnvoll. Aber zwischen den Ländern hin- und herzufahren macht aus seiner Sicht keinen Sinn. Und es stellt sich natürlich auch die Frage, wie das Plastik hin- und hergefahren wird. Geschieht dies in Lastwagen oder doch im Zug? Das ist der Punkt.

Erik Schellenberg, SP hätte gerne die Argumente der FDP gehört. Die kaputten Teller etc. kann man beim Werkhof in die Mulde werfen, aber Plastik muss vor der Tür eingesammelt werden? Das versteht er nicht.

Leon Behrends, FDP vermutet, dass er die Frage nicht komplett verstanden hat, aber er versucht sie so gut wie möglich zu beantworten. Die Idee ist, dass es eine Separatsammlung für Mischplastik gibt. Zu Sammelstellen fahren kann man bereits heute bei gewissen Grossverteilern. Aber wenn dies jeder einzeln macht, ist es nicht ökologisch. Die Idee wäre, dass es eine Abfallsammlung gibt wie jetzt beim Kehrichtsack einfach separat für Mischplastik und dass dieser direkt zu Hause abgeholt wird.

Daniel Setz, FDP findet es eine sehr spannende Diskussion. Es würde ihn interessieren, was der Binniger Anzeiger schreibt: «Werfen die den Plastikabfall in den normalen Müll, es ist ökologischer.». Seines Erachtens macht es einfach Sinn, wenn man den Plastik zu Hause abholt. Er versteht die Gegenseite nicht. Man stellt den schwarzen Sack raus und dann stellt man noch einmal alle zwei Wochen oder so den Plastikabfall raus. Zum Waser fahren ist nicht ökologisch, also hören wir damit auf. Dann wirft man es halt in den normalen Abfall. Er versteht die Argumente nicht.

Nina Eldridge, Mitte/GLP möchte sich ihrem Vorredner anschliessen. Metallabfuhr gibt es auch zwei, drei Mal im Jahr. Man könnte es beim Plastik ähnlich machen. Nicht so oft wie beim Kehricht, aber dass man gezielte Tage hat, an denen man alles auf einmal rausstellen kann.

Karin Glaser, Grüne/EVP sammelt Kunststoff. Sie wirft es in der Stadt ein. Beim Coop am Neuweilerplatz gibt es Säcke. Aber jedes Mal, wenn sie einen Sack dort einwirft, hofft sie einfach, dass wirklich alles in irgendeiner Form recycelt oder halt der Rest einer Kehrichtverbrennung zugeführt wird und nicht irgendwo landet. Dazu gibt es üble Dokumentationen. Das fände sie schlecht. Grundsätzlich ist Kunststoff sammeln das eine. Kunststoff zu vermeiden, wäre eigentlich noch besser. Das versucht sie zu tun und hofft, dass es die meisten Anwesenden ebenfalls versuchen. Aber es ist halt dennoch erstaunlich, dass man fast nicht darum herumkommt.

ABSTIMMUNG

Überweisen: 34 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 05)

Abschreiben: 21 JA / 15 NEIN (Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: 1. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

://: 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Postulat R. Büchelin, SP: Für eine Erhöhung der Sicherheit in Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Ralph Büchelin, SP bedankt sich beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Der Anlass für das Postulat war ein Vorfall auf dem Sportplatz Spiegelfeld, wo ein Junioren-Fussballspieler des SC Binningens bei einer Attacke durch Mitglieder einer auswärtigen Fussballmannschaft schwer verletzt wurde. Auf die Forderung eins im Postulat nach einem Sicherheitsorgan bei Fussballspielen hat der Gemeinderat bemerkt, dass sei Sache des Organisators. Bleibt es bei diesem einen Vorfall, könnte man dies so stehen lassen. Vom Gemeinderat wird berichtet, dass der Vorfall von den Strafbehörden behandelt wird und gegen Täter und Beteiligte Sanktionen vom Fussballverband ausgesprochen wurden wie z.B. Spielsperren und Punktabzüge. Mit dem Reagieren des Fussballverbands erübrigen sich somit Massnahmen der Gemeinde. Im Postulat wird vorgeschlagen, der polizeiliche Jugendsachbearbeiter und den Jugendsozialdienst einzusetzen. Der Gemeinderat hat dies so interpretiert, dass diese Personen bei Spielen anwesend sein sollen. Das ist möglich. Aber bei Streitigkeiten ist nicht die Idee, dass sie eingreifen. Das wäre auf keinen Fall empfehlenswert. Vorgeschlagen wird im Postulat lediglich, dass entsprechende präventive Arbeit geleistet wird. Den Jugendlichen soll aufgezeigt werden, dass Gewalt beim Sport absolut nichts zu suchen hat.

Unter Punkt vier wird die Anstellung einer Sicherheitsperson gefordert. Vom Gemeinderat wird argumentiert, dass die Gemeinde- und Kantonspolizei bei solchen Vorfällen zuständig seien. Das ist sicher richtig und das möchte der Votant auch befürworten. Trotzdem könnte die Gemeinde Binningen sich die Anstellung einer Sicherheitsperson überlegen. Das könnte ein Ranger sein, früher sagte man Bannwart, welcher ev. auch Sicherheitsfunktionen übernehmen könnte. Der Gemeinderat hat in seinem Bericht gemeint, der Vorfall habe mit der generellen Sicherheit nichts zu tun. Das stimmt. Der Votant hofft, dass es ein Einzelfall bleibt. Sonst müsste man sich zusätzliche Massnahmen überlegen. Die SP-Fraktion hat bei diesem Vorstoss Stimmfreigabe beschlossen.

Olivier Kremo, SVP signalisiert, für die SVP sei Sicherheit auch ein wichtiges Thema. Daher bedanken sie sich beim Postulanten. Allerdings sind die Antworten des Gemeinderats für die Fraktion sehr überzeugend und daher sprechen sie sich gegen eine Überweisung des Postulats aus. Falls es sich in Zukunft aber als Problem zeigen sollte, könnte man sich immer noch überlegen zu handeln.

Gian Kamber, Mitte/GLP erklärt, die Mitte/GLP bedauere den Zwischenfall vom 15. September 2024 auf dem Spiegelfeld sehr. Auch als Teammitglied fühlt sich der Votant stark betroffen vom Zwischenfall. Solche Gewaltaktionen haben auf dem Spiegelfeld und generell im Fussball nichts verloren. Jedoch ist der Antrag für erhöhte Sicherheit in Binningen in keinsten Weise zielführend. Schon der Titel ist relativ irreführend. Zu den Punkten 1, 3 und 4: Gewaltprävention in Schulen und im Verein macht sicherlich Sinn, wird jedoch, wie der Gemeinderat erwähnt hat, bereits betrieben. Eine ständige Überwachung des Spielbetriebs durch Sicherheitsorgane oder den Jugendsozialdienst ist aber unverhältnismässig und nicht zielführend. Gewalttätige Handlungen wie die vom 15. September 2024 passieren oft im Affekt oder aus der Emotion heraus und können durch ein Sicherheitsorgan oder den Jugendsozialdienst an der Seitenlinie während eines Spiels nicht verhindert werden.

Zum Punkt 2: Eine fehlbare Mannschaft vom Spielbetrieb auf dem Spiegelfeld auszuschliessen, ist ebenfalls unsinnig und kommt, wie der Gemeinderat richtig erkannt hat, einer Kollektivstrafe gleich. Auch die Umsetzung dieser Kollektivstrafe würde nicht zum Vorteil des SC Binningens, sondern zu zahlreichen

Nachteilen führen. Wenn gewisse Mannschaften vom Spielbetrieb auf dem Spiegelfeld ausgeschlossen werden würden, müssten von der Mannschaft des SC Binningens mehr Auswärtsspiele bestritten werden. Das heisst längere Anreisen und weniger Unterstützung durch das Heimpublikum. Die zweite Möglichkeit wären Forfait-Niederlagen des SC Binningens gegen die sogenannten Risikovereine, da der Spielbetrieb über einen Ligamodus funktioniert und nicht selektiv gewisse Austragungen gestrichen werden können. Unter dem Titel «Für erhöhte Sicherheit in Binningen» gäbe es sicher treffendere und sinnvollere Probleme wie z.B. die Themen Einbrüche und Velo-Diebstähle. Daher stimmt die Mitte/GLP gegen eine Überweisung.

Marco Giani, FDP möchte auch als Präsident des Sportclubs Binningen gerne ein paar abschliessende Worte dazu verlieren. Der Redner war über das Postulat der SP sehr irritiert. Zumal es verfasst wurde, bevor der Sachverhalt überhaupt geklärt war. Auch irritiert ihn, dass ausgerechnet die SP mit diesem Postulat alle in einen Topf wirft. Gerade der Sportclub Binningen vertritt viele Werte und soziale Aspekte, die bei der SP an oberster Stelle stehen. In diesem Fall ist es so, dass der SC Binningen eher als Opfer angesehen werden muss und nicht der Verein ist, der ein Problem mit Gewalt hat. Als Präsident des Sportclubs Binningen kann er den Anwesenden versichern, dass der Verein im Bereich Prävention sehr viel gegen verbale und physische Gewalt unternimmt. Es geht sogar über die Vorgaben des Fussballverbands hinaus und der SC Binningen wird regional und national als vorbildlicher Verein wahrgenommen. Aber eben: Der Verein wurde leider vom Postulanten nicht angefragt, wie die Sachlage beim SC Binningen ist und was er bereits präventiv unternimmt. Es ist aber schon so, dass der Fussball jedem zugänglich ist. Es ist ein einfacher und günstiger Einstiegssport, daher auch die grosse Nachfrage. Darum ist das Risiko eines Vorfalls natürlich grösser als im Kegelverein mit 10 Personen, wobei es vermutlich auch dort schon Streit gab.

Speziell für den Sportclub Binningen mit über 800 Junioren und Juniorinnen und insgesamt 1200 Mitgliedern ist es eines der wichtigsten Anliegen, dass sie ihre Werte betreffend Fairplay und Gewalt in jeglicher Art kompromisslos durchsetzen und jegliche Gewalt verurteilen. Aber man muss auch ehrlich sagen, dass sie nicht beeinflussen können, was jeder einzelne von zu Hause mitnimmt, was er für einen Rucksack hat und wie dieser in gewissen Situationen reagiert. Aber der SC Binningen und seine Trainer sehen sich als Vorbilder, damit man solche Vorfälle wann immer möglich vermeiden kann. Auch im hier beschriebenen Fall konnte der SC Binningen, obwohl er nicht der Auslöser war und die Gewalt nicht von ihm ausgegangen ist, reagieren und hat den Fall aufgearbeitet. Denn auch wenn sie nicht der Ursprung der Gewalt waren, fühlen sie sich als involvierte Partei trotzdem verantwortlich – es braucht immer zwei dazu –, alles dafür zu tun, dass so etwas möglichst verhindert werden kann. Aus diesen Gründen empfindet der Votant die Forderungen des Postulats als nicht fundiert abgeklärt. Bei Rückfrage an den involvierten SC Binningen hätte der Postulant erkennen können, was der Verein in diesem Bereich bereits sehr viel macht und die Sachlage doch etwas anders ist als angenommen. Für weitere Fragen steht er gerne zur Verfügung. Die FDP wird den Vorstoss nicht überweisen.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP dankt für die gute Aufnahme der Antworten des Gemeinderats auf das Postulat von Ralph Büchelin von der SP. Der Gemeinderat konnte in den Antworten seiner Ansicht nach auch aufzeigen, dass gewisse Sachen vielleicht gut gemeint sind, aber in der Praxis kontraproduktiv wären. Dem Votanten ist wichtig zu betonen, dass der Gemeinderat auch sehr besorgt war, als er von diesem Vorfall gehört hat. Dieser ist ernst zu nehmen. Gewalt, und es geht hier um eine schwere Körperverletzung, ist nicht hinnehmbar weder im öffentlichen Raum noch im Sport. Der Gemeinderat ist auch der Meinung, dass er, soweit es ihn angeht im öffentlichen Raum, hinschauen muss. Der Redner hat sehr gerne gehört und weiss auch, dass der SC Binningen in diesem Bereich sehr viel macht, präventiv, und die Verantwortung sehr wohl wahrnimmt. Gerade durch seine grosse Aktivität mit 800 Juniorinnen und Junioren trägt der Verein sehr viel dazu bei, dass man diese Probleme viel weniger hat. Denn diese Kinder sind im Sport aktiv und nicht irgendwo auf der Strasse. Dafür möchte er bei dieser Gelegenheit dem SC Binningen und den anderen Sportvereinen danken. Da ist ein wichtiger Beitrag, damit es zu möglichst wenig Gewalt im öffentlichen Raum kommt.

ABSTIMMUNG

Nicht-Überweisen: 31 JA / 4 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 07)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird nicht überwiesen.

Traktandum 9

Nr. 29

Interpellation G. Löhr, SP: Sportplätze in Binningen

Präsidentin Karin Müller, SP weist darauf hin, dass den Ratsmitgliedern auch diese Antworten schriftlich vorliegen. Sie fragt die Interpellantin, ob sie zufrieden ist oder Diskussion wünscht.

Interpellantin Gaida Löhr, SP beantragt Diskussion.

ABSTIMMUNG

Diskussion: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Interpellantin Gaida Löhr, SP möchte zuerst dem zuständigen Gemeinderat für seine Antwort danken. Er hat gerade erwähnt, wie wichtig Sportvereine sind. In diesem Sinn scheint sie hier am richtigen Ort zu sein. Es gibt zwei Punkte, zu denen sich noch etwas anfügen möchte. Erstens: In der Antwort steht, dass im Budget Geld für die Erarbeitung eines Konzepts eingestellt ist. Was hingegen nicht steht ist, ob man irgendwelche Ideen hat, wie das Konzept aussehen soll. Es wäre ihr wichtig zu wissen, ob man Sportarten priorisiert oder nicht. Ob es darum geht, irgendwo noch mehr Plätze zu finden, ob es um eine Verdichtung der Nutzung geht oder letztlich nur um eine Beschreibung des IST-Zustands. Und ob man auch im Auge hat, dass man bei den Binninger Platzproblemen ev. vermehrt mit dem Leimental zusammenarbeiten müsste. Das wären für sie die Punkte, die sie zum Konzept hätte. Zweitens: Sie ist kein Fan von Kunstrasen. Ihr stellt sich die Frage, ob man die Kunstrasen nach der Bauphase des Schulcampus wieder entsorgt. Drittens: Beim dritten Punkt steht, den Sportvereine stehen die Plätze gratis zur Verfügung. Aber die Betroffenen, die sie angesprochen hat, sind nicht die Sportvereine. Das sind die Schulhäuser. Es ist einerseits der Pausenplatz Mühlematt und andererseits die Sekundarschule mit dem Tennis- resp. jetzt Fussballfeld bei der Schwimmhalle oben. Soweit sie gehört hat, hat man diese informiert, aber nicht gefragt. Die Sekundarschule bezahlt, soweit die Votantin weiss, Miete dafür, dass sie diesen Platz hat. Dann findet sie, wäre ein Einbeziehen und nicht nur eine Information richtig gewesen. Die Schule war tatsächlich konsterniert, dass man ihnen einfach mitgeteilt hat, dass ein Teil ihres Sportplatzes plötzlich umgenutzt wird. Diese Fragen hätte die Votantin gerne näher beantwortet.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP dankt für die Fragen. Zum Konzept, ob man Ideen hat, was in diesem Konzept enthalten sein soll. Es wurde im Geschäft erwähnt, dass das Budget für ein GESAK eingestellt ist. Inzwischen kann man auch sagen, dass das Projekt gestartet wurde. Das kommt. Es ist angelaufen. Man kann aber logischerweise nicht schon jetzt die Antworten geben. Dafür macht man es ja. Er denkt

aber, es wird wie immer sein. Man macht einen IST-Zustand. Was ist überhaupt vorhanden? Dann kann man schauen, ob es sich mit dem Bedarf deckt. Das muss logischerweise der nächste Schritt sein und dafür macht der Gemeinderat die ganze Sache. Er ist zuversichtlich und erhofft sich, dass man Anhaltspunkte erhält, wo man weitermachen muss. Der Votant möchte handeln. Der Gemeinderat sieht den Bedarf. Dann kam die Frage, ob das Kunstrasenfeld beim Spiegelfeld oben wieder wekommt. Es ist eine provisorische Lösung, eine Übergangslösung. Es ist ganz klar für die Phase angedacht, in der der Schulcampus Dorf gebaut wird. Ob man es entsorgt, da ist man wieder beim Thema Recycling. Vielleicht gibt es dann andere Möglichkeiten. Aber es ist dort sicher eine Übergangslösung. Das ist ganz klar. Auch die Fussballer möchten wieder zurück an den Ort, wo sie waren. Das ist ein guter Standort. Dann der dritte Punkt bzgl. Informieren und Fragen. Es ist ein Anliegen des Gemeinderats und auch des Votanten selbst, dass man die Leute, die die Sportflächen nutzen einbezieht. Man hatte mit allen Kontakt, die das Feld nutzen. Es gibt aber auch Einzelsportler, Personen, die nicht organisiert sind, die einmal Basketball spielen gehen. Dort ist es etwas schwieriger. Bei den Schulen mag es sein, dass man noch mehr hätte machen können. Da kann man sicher noch besser werden. Ihm ist es für die Zukunft wichtig, dass alle Nutzerinnen und Nutzer frühzeitig einbezogen und informiert werden, wenn man solche Sachen macht.

Marco Giani, FDP bedankt sich bei Gaida Löhr für die Interpellation und beim Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Der Redner findet das Gemeindesportanlagenkonzept ebenfalls sehr wichtig. Auch wenn er Präsident des Sportclubs Binningen ist, steht er nicht für eine Bevorzugung des Fussballs, zumal er sich auch für alle anderen Sportarten in Binningen einsetzt und auch Mitglied in anderen Vereinen ist. Eine kleine Geschichte. Der Votant ist vor über 30 Jahren in Binningen zur Schule gegangen und war in verschiedenen Vereinen. Seither ist die Einwohnerzahl in Binningen von 14 000 auf knapp 16 000 Einwohnende gestiegen. Wenn er sich heute auf den Sportplätzen und Sportanlagen umschaute, dann ist die Anzahl der Anlagen praktisch identisch wie vor 30 Jahren und einige Anlagen sehen sogar immer noch gleich aus. Sprich: Es wurde nie eine Modernisierung vorgenommen. Das sagt schon einmal etwas aus, da er auch nicht mehr der Jüngste ist. Der Redner möchte an alle Anwesenden appellieren, dies anzugehen und ein vermehrtes Augenmerk auf den Ausbau der Infrastruktur für Sport und Freizeit zu legen. Er sagt bewusst nicht nur Sport, sondern auch Freizeit. Er ist der Meinung, es brauche Projekte. Kurzfristige Optimierungen, aber auch langfristig Projekte. Nicht, dass es heutigen Schüler/innen in 10 bis 20 Jahren gleich geht wie dem Redner und sie immer noch die gleichen Anlagen vorfinden. Er findet, man müsse auch einmal unspektakulär denken. Es gibt kaum Land und Platz, sodass man vielleicht bereits heute über Umzonungen nachdenken sollte. Das ist ein langer Prozess. Aber vielleicht braucht es diesen in 10 bis 20 Jahren, damit man an einem anderen Standort die Plätze hat und der Bevölkerung die Freizeit- und Sportangebote anbieten kann.

Lewin Lempert, SP würde gerne auf zwei Sachen eingehen, welche auch schon erwähnt wurden. Zuerst: vielen Dank an Marco Giani für das Plädoyer für Investitionspolitik im Bereich Sportplätze. Der Redner teilt dies zu 100 Prozent. Er findet auch, dass die Anlagen in Binningen in der Breite der verschiedenen Sportarten durchaus erneuerungsbedürftig sind. Seine Fraktion erwartet vom Gemeinderat im Rahmen der Analyse dieses Konzepts, dass man aufzeigt, wo man neues Potenzial erschliessen und wo man die Sportplatzsituation verbessern kann. In diesem Rat wurde dank eines Postulats der Mitte/GLP auch schon über die nicht mehr im besten Zustand befindliche Turnhalle beim Spiegelfeld gesprochen. Der Basketballplatz kommt hier in der Interpellation von Gaida Löhr vor. Es gab Leute aus der Bevölkerung, die sich beim Redner gemeldet und gesagt haben, seit dieser weg ist, haben sie keine gute Möglichkeit mehr in Binningen Basketball zu spielen. Es gibt die Herausforderung der Nutzung der Fussballvereine und der Leichtathletikvereine. Was er auch sehr wichtig findet ist, dass es nicht nur um die Vereinsnutzung geht, sondern auch um die Einzelsportler/innen. Der klassische Fall, dass man am Feierabend an einen Ort Basketball spielen geht oder eine andere Sportart. Im Rahmen des Konzepts fände er es sehr wichtig – die Vereine sind natürlich wichtig und es ist wichtig, dass sie ein Gewicht bekommen –, dass auch auf die spontanen Breitensportarten oder die Leute, die am Feierabend etwas machen möchten ein Augenmerk gelegt wird. Dass dort ein gutes Angebot vorhanden ist. Nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene.

Charlotte Marti, SVP dankt allen Vorrednern für die Unterstützung dieses Sportanlagenkonzepts. Sie findet es wirklich wichtig, dass man in Binningen auch für die Jugend und die Bevölkerung die Plätze wieder einmal saniert oder erweitert. Es gibt immer mehr Personen und auch immer mehr Kinder. Es gibt auch mehr Leute in den Vereinen, die sich bewegen wollen. Die Votantin findet es wichtig, ein Auge darauf zu haben und hofft, dass beim Sportanlagenkonzept wirklich auch alle miteinander schauen, dass es ein gutes Resultat bringt. Sie hofft, dass die Vereine angesprochen werden zum Mithelfen. Sie weiss nicht, wie der Gemeinderat dies vorgesehen hat oder ob er das selbstständig macht. Es scheint ihr ganz wichtig, dies miteinander anzuschauen. Man spricht auch schon von einer geplanten Tagesschule in dieser Legislatur. Sie fragt sich, wenn man eine Tagesschule in Binningen möchte, was man mit den Kindern dann den ganzen Tag macht. Da braucht es auch Plätze und Raum. Es muss Raum geschaffen werden. Wie sie gehört hat, sind hier im Rat alle dafür und sie hofft wirklich, dass dies bis zum Schluss mit der gesamten Unterstützung geschafft werden kann.

Sirin Hauri, Grüne/EVP schliesst sich dem Dank an Gaida Löhr für die wichtige Interpellation an. Sie findet es auch sehr wichtig, dass es Platz gibt für Leute, die sich spontan bewegen wollen, die spontan Sport machen möchten neben all den Vereinen, die eine sehr wichtige Arbeit machen. Wenn es um mehr Platz geht, auch für spontane Aktivitäten, findet sie es zudem wichtig, dass man auch vermehrt die Strassen miteinbezieht. Dass man schaut, wo man Begegnungszonen schaffen und den Verkehr entschleunigen kann, um einen attraktiveren Raum für alle zu schaffen.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates zur Interpellation.

Traktandum 10

Nr. 43

Grüngutgebühr – Teilrevision Abfallreglement und Einführung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Özlem Ipek-Avvisati, SP fände es wünschenswert, wenn die Grünabfuhr weiterhin kostenlos angeboten werden könnte. Doch auf Basis der vorliegenden Daten scheint dies nicht realisierbar zu sein. Die SP unterstützt daher die Einführung einer kostenpflichtigen Lösung. Das erste und das zweite der diskutierten Szenarien sehen eine Erhöhung der Kehrrechtgebühren vor. Dies widerspricht jedoch dem Verursacherprinzip und benachteiligt diejenigen, die keinen oder nur wenig Grünabfall verursachen. Der Vorschlag des Gemeinderats, die Einführung einer Jahresvignette sowie Einzelmarken für die Entsorgung von Grün- und Bioabfall erscheint der Fraktion die beste Lösung zu sein. Die Gebühren entsprechen den Vorgaben des kantonalen Umweltschutzgesetzes und sind am Verursacherprinzip ausgerichtet. Im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden sind die geplanten Gebühren bewusst unter der Vollkostendeckung angesetzt. Damit sollen zunächst Erfahrungswerte gesammelt und die finanzielle Belastung für die Bevölkerung moderat gestaltet werden. Mit dem aktuellen Vorschlag würde ein Einwohner von Binningen mit einer Jahresvignette für einen 140-Liter Normcontainer 80 Franken pro Jahr bezahlen. Aus

Sicht der SP ist dies ein fairer und angemessener Preis. Die Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu.

Leon Behrends, FDP dankt dem Gemeinderat namens des FDP für die Prüfung und die ausführliche Darstellung der geplanten Einführung einer Grüngutgebühr. In der Synopse auf Seite 8 Abs. c Finanzierung ist der Fraktion ein kleiner Fehler aufgefallen. Statt «Gemeinde» steht dort nur «Gemeine». Ansonsten folgt die FDP der Argumentation des Gemeinderats. Besonders unterstützen sie den Vorschlag, die Gebühr auf Containerbasis zu erheben, wie im Bericht dargestellt. Die Option einer Jahresgebühr pro Container in Form einer Flatrate erscheint ihnen eine sinnvolle und bürgerfreundliche Lösung, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre individuellen Bedürfnisse flexibel abzudecken. Für die FDP ist es unerlässlich, dass die Erhebung der Gebühren so einfach und nachvollziehbar wie möglich gestaltet wird. Ihr Grundsatz bleibt dabei klar: Der Staat sollte den Bürgerinnen und Bürgern dienen, nicht die Bürgerinnen und Bürger dem Staat. Aus den dargelegten Gründen folgt die Fraktion den Anträgen des Gemeinderats.

Nina Eldridge, Mitte/GLP erläutert, die Grüngutabfuhr in Binningen werde geschätzt und rege genutzt. Jetzt gilt es eine Lösung für eine langfristige Finanzierung zu finden. Die Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die ausgearbeiteten Vorschläge. Die Mitte/GLP hat einen Antrag gestellt für die Finanzierung via Erhöhung der Kehrichtgebühr, obwohl sie wissen, dass dies gegen das Verursacherprinzip verstösst. Sie sind der Meinung, dass die vollständige Deckung durch die Kehrichtgebühr gewisse Vorteile hätte. Die Lenkungswirkung wäre so am grössten. Der Mitte/GLP ist es wichtig, dass die Anreize den Abfall zu trennen so hoch wie möglich sind, um so Kehrichtabfall zu reduzieren und Bioabfall sinnvoll zu nutzen. Hinzu kommt, dass es ein administrativer Aufwand ist, eine neue Vignette einzuführen wohingegen die Kehrichtgebühr zu erhöhen praktisch keinen Aufwand mit sich bringt. Die Erhöhung würde einen Beitrag von ca. 25 Franken mehr pro Jahr und Haushalt ausmachen. Das ist vielleicht ein Beitrag, den die Bevölkerung für weniger Aufwand gerne in Kauf nimmt.

Zusätzlich müssten die Container normiert werden, was für viele Haushalte eine weitere Anschaffung bedeuten würde. Ein grosser Vorteil aus Sicht der Bevölkerung ist die bisher unkomplizierte Abfuhr ohne normierte Gefässe, z.B. auch von gebündelten Ästen. Die Fraktion fragt sich, wie das Verursacherprinzip in einem Mehrfamilienhaus eingehalten werden würde. Soll für jede Wohnung ein einzelner Container vor der Haustüre stehen? Oder werden die Kosten von einem Container auf das Haus verteilt, auch wenn nicht alle davon Gebrauch machen? Aufgrund dieser Argumente gab es Diskussionen in der Fraktion, ob man der Bevölkerung wirklich einen Gefallen macht, indem man starr am Verursacherprinzip festhält oder ob eine pragmatische Lösung via Erhöhung der Kehrichtgebühr, auch aufgrund des geringen Beitrags, nicht mehr Sinn machen würde. Mittels dieses Antrags wollte die Mitte/GLP die Diskussion in den Einwohnerrat bringen und dem Gemeinderat die Gelegenheit geben dazulegen, wie er denkt, die Grüngutvignette unkompliziert umzusetzen v.a. für Mehrfamilienhäuser.

Konrad Widmer, SVP findet, im Prinzip sei der Fall klar. Die Abfallkasse ist leer. Die Gemeinderechnungsverordnung verlangt von der Gemeinde, eine verursachergerechte Gebühr zu erheben und der Vorschlag der Gebührenordnung ist nicht so schlecht. Im Prinzip. Aber der Redner hat 25 Kubikmeter Grünabfuhr pro Jahr. Das sind nicht Schnittblumen, sondern es ist Laub von Bäumen. Er verursacht die Kosten, die es benötigt zum Lagern oder Entsorgen. Aber wieso? Weil er Bäume hat, die CO₂ aus der Atmosphäre nehmen und O₂ hineinbringen. Dafür wird er nun, er möchte nicht sagen bestraft, aber er bezahlt etwas dafür. Etwa 1000 Franken. Darunter geht es nicht mit dieser Verordnung. Zudem müsste er drei Container haben, damit er das ganze Laub von September bis Dezember auch wirklich wegbringt. Wenn er nur zwei Container hätte, würde es halt bis ca. im Mai dauern. Nach Ansicht des Votanten ist das Verursacherprinzip in seinem Fall und in jedem Fall von Hausbesitzern, die grosse Bäume haben, eigentlich absurd. Total absurd. Die Gemeinde möchte ja mehr Grünflächen und mehr Bäume. Und jetzt soll man dafür noch bezahlen. Alle, die die Bäume gratis anschauen oder die Luft einatmen, bezahlen nichts. Man redet in diesem Zusammenhang überhaupt nicht von richtigen Preisen. Vielleicht ist der

Vorschlag seiner Vorrednerin, dass man sich einmal etwas umfassender über das Verursacherprinzip Gedanken macht, gar nicht so schlecht.

Peter Bertschi, Grüne/EVP teilt mit, die Grünen/EVP stimmen grundsätzlich der zusätzlichen Gebühr für Grünabfuhr zu, weil die Kasse leer ist. Sie sind keine Freunde von neuen Gebühren, aber in diesem Fall finden sie es sinnvoll. Eine Querfinanzierung der Grünabfuhr über den Abfall findet die Fraktion nicht sinnvoll, weil nicht alle Bürger/innen einen Garten und den Bedarf für Grünabfuhr haben. Einzig bei der Preisgestaltung haben sie sich gefragt, ob es nicht sinnvoller wäre, einen Pauschalpreis pro Haushalt festzulegen. Dass die Haushalte, die die Dienstleistung in Anspruch nehmen möchten, einfach einen Pauschalpreis pro Jahr bezahlen, damit die Grünabfuhr abgeholt wird. Die Gebührenordnung nehmen die Grünen/EVP zur Kenntnis und auch mit dem Abfallreglement sind sie grundsätzlich einverstanden.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. Die Tatsachen scheinen ihr klar. Die Abfallkasse ist leer. Es braucht mehr Geld, um die Entsorgung finanzieren zu können. Und es existiert ein Verursacherprinzip, welches bisher nicht eingehalten wurde. Dieses gilt grundsätzlich und mit dem vorliegenden Vorschlag würde die Gemeinde dem Verursacherprinzip gerecht werden. Dass die Leute Luft einatmen, die von Bäumen grosser Gärten profitiert und es damit nicht verursachergerecht ist. Die Votantin versteht das Argumentation von Konrad Widmer bis zu einem gewissen Grad. Aber wenn man sich auf diesen Weg begibt, dann wird es irgendwann ganz schwierig, alles verursachergerecht runter zu brechen. Daher muss ein pragmatischer und einfacher Weg gefunden werden. Die Votantin hat auch grosse Bäume und einen grossen Garten. Man kann gerade Laub auch selbst im Garten kompostieren. Es ist ein gewisser Aufwand, aber es geht.

Die Mitte/GLP hat das Thema des Aufwands für ein Mehrfamilienhaus aufgebracht. Der Vorschlag des Gemeinderats ist relativ pragmatisch. Die Hausverwaltung schafft einen Container an. Jede Partei im Haus, die ihre Küchenabfälle dort entsorgen will, kann dies machen. Eine Jahresvignette für einen 80-Liter Container kostet 50 Franken. Bei 10 Wohnungen wäre man also bei 5 Franken pro Wohnung pro Jahr. Wenn es ein grösseres Mehrfamilienhaus ist, dann hat man einen 140-Liter Container. Dieser kostet 80 Franken im Jahr. Der Preis pro Wohnung richtet sich daran, wie viele Wohnungen es sind. Es scheinen dem Gemeinderat vertretbare Preise zu sein dafür, dass man seine Küchenabfälle weiter via Kompost und Grünabfuhr entsorgen kann. Die Administration in einem Mehrfamilienhaus funktioniert genauso einfach wie in einem Einfamilienhaus. Man hat einen Container entsprechend der Grösse, die anfällt und die Finanzierung all derer, die mitmachen, ist tragbar. Wenn dann am Schluss jemand seinen Abfall in den Container wirft, der nichts daran bezahlt, dann funktioniert resp. überwacht man sich gegenseitig relativ schnell und dann wird festgestellt, wenn jemand nicht daran zahlt, aber dort trotzdem etwas reinwirft. Das sind Fragen, die funktionieren und die auch in anderen Gemeinden, die diese Vignettenabfuhr bereits eingeführt haben, funktionieren.

Dass man von Seiten Verwaltung keinen unnötigen Aufwand treiben möchte, ist auch klar. Daher auch Jahresvignetten. Die bestellt man einmal. Es wird noch abgeklärt, ob man es online bestellen kann. Ende Jahr oder Anfang Jahr, wenn die Leute merken, dass sie die Vignette brauchen, ist es vielleicht ein gewisser Mehraufwand. Aber der hält sich in Grenzen und es ist eine Möglichkeit für die Gemeinde, diese Gebühren verursachergerecht einzuführen. Die Erfahrungen aus anderen Gemeinden, die dies schon einige Jahre haben, sind sehr gut. Es gibt keinen Vignetten-Diebstahl von Leuten, die die Vignetten ab fremden Containern rauben und bei sich auf den Container kleben. Wenn man einmal gebündelte Äste rausstellen möchte, dann kauft man eine Einzelmarke und kann diese damit rausstellen. Das sind alles keine Probleme. Auch für kleine Container kann man eine Einzelmarke kaufen, wenn dies nötig ist. Da gibt es grundsätzlich für alles unkomplizierte Lösungen und die Entsorger, die das mitführen und entsorgen sind es gewohnt, nur Container mitzunehmen, wo die Vignette drauf ist und alle anderen stehen zu lassen. Es wird hier kein Neuland beschritten, sondern es wird etwas umgesetzt, dass schon sehr erprobt ist. Und das Problem in der Abfallkasse kann damit auf moderate Art und Weise gelöst werden.

Ralph Büchelin, SP ist etwas im Zwiespalt. Was Nina Eldridge von der GLP mit dem Abfallsack gesagt hat, ist vielleicht nicht ganz abwegig. Man müsste sich möglicherweise ein Stück weit überlegen, ob man es nicht trotzdem querfinanziert. Bis jetzt waren es die Überschüsse der KVA in der Höhe von 1,4 Mio. Franken, die man verwendet hat, um die Grünabfuhr zu finanzieren. Das war bereits eine Querfinanzierung. Zur Kostenverteilung in einem Wohnblock oder Hochhaus: Es ist ganz klar, dass dies der Mieter bezahlen wird. Das wird die Verwaltung einfach auf die Nebenkosten schlagen.

Sirin Hauri, Grüne/EVP hat sich die Gedanken mit der Unterstützung ebenfalls gemacht. Dass die Leute, die Bäume haben, diese auch bis zu einem gewissen Grad für die Gemeinschaft haben und dass man dies auch unterstützen kann. Vielleicht wäre es etwas, das man ins Baumschutzreglement, das bald vor den Einwohnerrat kommen wird, einfliessen lassen könnte. Dass man hier gewisse Ausgleiche schaffen würde oder Beiträge an die Baumpflege, weil man diese Bäume u.a. auch für die Gemeinschaft hat. Die Rednerin liess sich aber von ihrer Fraktion überzeugen, dass eine Umwälzung auf die Abfallgebühr wahrscheinlich nicht sinnvoll wäre. Einerseits können es sich die Leute, die sich einen grossen Garten leisten können, wahrscheinlich auch leisten, die Grünabfuhr zu bezahlen, während nicht alle so viel Geld haben, um sich den Abfall leisten zu können. Wenn man sich den Abfall nicht mehr leisten kann, führt dies dazu, dass dieser wild deponiert wird. Das will man auch nicht. Das Problem hat man in Binningen zum Glück nicht so häufig. Von der sozialen Umwälzung findet es die Votantin nicht sinnvoll, wenn die Allgemeinheit dies bezahlt. Vielleicht kann man die Unterstützung an die Leute, die Bäume haben, irgendwie anders organisieren.

Marco Giani, FDP hat die Wahrnehmung, dass es viele Leute in der Gemeinde sehr schätzen, dass man für die Grünabfuhr hier nichts bezahlen muss. Auch viele Neuzuzüger, die z.B. von Oberwil oder von anderen Gemeinden kommen, finden es toll, dass man hier nichts dafür bezahlen muss. Er kennt auch kleine Haushalte von pensionierten Frauen oder von pensionierten Ehepaaren, die es sehr schätzen, dass sie den Kompost auch in Mehrfamilienhäusern rausstellen können und nichts bezahlen müssen. Der Redner findet, es sei ein Goodie, das Binningen hat und er fände es toll, wenn man daran festhalten würde. Er versteht auch die anderen Voten, unterstützt aber das Votum der GLP, welches vorhin gefallen ist. Der Redner ist eher dafür, das Geld von einer anderen Stelle zu nehmen. Es geht dabei nicht um Millionen und es ist doch etwas, das er oft in der Bevölkerung hört. Er geht davon aus, dass es bei der Bevölkerung nicht gut ankommen wird, wenn man hier auf einmal Gebühren verlangt, auch wenn es nicht viel und moderat ist. Daher ist er eher dagegen, dies zu tun.

Konrad Widmer, SVP kann alle beruhigen. Er kann das gut bezahlen, was hier auf ihn zukommen wird. Es ist einfach der falsche Anreiz. Es liegt an uns, die richtigen Anreize zu setzen. Wir wollen mehr Grün, wir wollen mehr Bäume. Sind wir so verblendet, dass wir das jetzt bepreisen? Der Votant findet dies komplett falsch. Er sieht, dass der Gemeinderat es aufgrund der Verordnung des Regierungsrats ein Stück weit so machen muss. Aber es ist falsch. Zahlen kann er es.

Nina Eldridge, Mitte/GLP würde sich gerne Konrad Widmer anschliessen und an die Grünen appellieren. Konrad Widmer hat es scheinbar ausgerechnet. Die Rednerin hat dies nicht getan. Aber 1000 Franken im Jahr findet sie schon relativ viel für die Grünabfuhr. Das ist auch für jemanden, der Geld hat, nicht gerade wenig. Man muss sich überlegen, dass es ältere Personen gibt, die diese Häuser schon lange besitzen. Die haben nicht mehr unbedingt viel flüssiges Geld. Vielleicht sind diese 1000 Franken etwas, das ihnen das Genick bricht. Alle Anwesenden haben die Unterlagen zur Baumschutz-Initiative gelesen. Wir wollen als Gemeinde Bäume besser schützen. Vielleicht ist dies ein indirekter Ansatz, dem entgegen zu kommen, damit es nicht zu teuer wird, überhaupt Bäume im Garten zu unterhalten.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP muss doch noch etwas zu den 1000 Franken sagen. Es gibt nicht wahnsinnig viele Personen, die ein derart grosses Grundstück haben wie Konrad Widmer mit so vielen Bäumen. Es gibt sie, aber es ist nicht die Regel. Die Regel sind eher die Leute, die in einem Mehrfamilienhaus in einer Wohnung wohnen und bestenfalls ihren Kompost in einem solchen Grüngut-

container entsorgen können. Natürlich schätzen die Leute dieses Goodie. Das ist so. Aber das Goodie muss irgendjemand finanzieren. Müssen es die Leute finanzieren, die bestenfalls einmal in der Woche ihren Kompostkübel leeren? Die Gemeindepräsidentin findet, man müsse die Relationen wahren. Das Geld muss von irgendwoher kommen. Das ist so. Jetzt ist die Frage, ob es die finanzieren sollen, die nicht ansatzweise in die Nähe eines Gartens kommen, wo sie daran denken können, dass sie den Rasen mähen, Laub entsorgen oder irgendetwas. Oder soll man sagen, eigentlich ist es fair, dass die, die einen solchen Garten haben und das Laub entsorgen können, wenn sie es nicht selbst kompostieren wollen oder können, sich auch eine solche Vignette kaufen. Konrad Widmer sagt selbst, er kann es sich leisten. Die Votantin kann es sich auch leisten. Es kostet nicht 1000 Franken im Jahr für jeden, der einen Garten hat. Die Realität ist, dass die meisten Gärten nicht so gross sind.

Und nochmals: Sollen die Personen mit dem Kompostkübel einmal in der Woche diese Gärten finanzieren? Die Idee, dass man im Baumschutzreglement eine Bestimmung aufnimmt, ist ein interessanter Aspekt, den sie gerne mitnimmt. Vielleicht findet man eine Lösung, dass man dort etwas machen kann. Solche Anregungen kamen ja auch schon. Aber hier geht es darum, dass man verursachergerecht die Bio- und Grünabfälle entsorgt. Wenn man jetzt sagt: «Eigentlich profitieren ja alle von meinen Bäumen, also sollen sie auch daran zahlen», dann findet sie dies ein etwas seltsames Verständnis des Verursacherprinzips. Es gibt eine einfache, unkomplizierte Lösung, die in vielen Gemeinden bereits funktioniert. Damit kann das Problem in der Abfallkasse einfach und verursachergerecht gelöst werden. Man muss aufpassen, dass man jetzt nicht den vielen Leuten, die in Wohnungen wohnen und nicht ansatzweise einen Baum oder Rasen bei sich in der Wohnung haben, die Kosten für die Entsorgung des Laubs oder des Grünguts dieser schönen Häuser und Gärten aufbürdet.

Konrad Widmer, SVP entgegnet, wenn jemand in der Betonwüste in Binningen wohne und am Garten des Votanten vorbeigehe, sehe er einen schönen Baum. Das ist auch eine Ursache. Man darf nicht immer von dem reden, wo Kosten anfallen. Es gibt viele Sachen, die gratis sind und die wir konsumieren, weil sie andere unterhalten. Er möchte nur, dass man es etwas gesamtheitlicher anschaut. Er sieht, dass es viel Diskussionsbedarf bei diesem Punkt gibt. Es gibt überhaupt keine Einigkeit hier im Rat. Er fragt sich, ob man das Geschäft nicht in eine Kommission, z.B. die BPK überweisen sollte, um es dort etwas tiefer und v.a. ganzheitlich anschauen zu können. Er würde den Antrag stellen, dass man das Geschäft in die BPK überweist.

Die Präsidentin fragt nach, ob das Geschäft in die BPK oder in eine SpezKo überwiesen werden soll. Aus ihrer Sicht wäre es eher in einer SpezKo richtig.

Rahel Amacker, Mitte/GLP möchte nochmals auf den Antrag ihrer Fraktion zurückkommen. In der bisherigen Diskussion ging es ihrer Ansicht nach etwas zu viel um die Gärten. Was der Mitte/GLP im Vordergrund steht und warum sie ihren Antrag gestellt hat, ist der Lenkungsgedanke. Die Rednerin möchte kurz von der Webseite der Gemeinde Binningen zitieren: «Bis 20 Prozent Küchen-, Speise- sowie Gartenabfälle landen heute im Kehrachtsack und werden in der Kehrachtverwertungsanlage verbrannt. Diese Grün-/Bioabfälle können jedoch weiterverwertet werden! Deshalb bietet die Gemeinde Binningen eine kostenlose Haus-zu-Haus-Sammlung für Grün- und Bioabfälle an.». Es ging nicht per se nur darum, die Laubabfälle der Gärten zu entsorgen. In der Fraktion gab es auch die Diskussion der Quersubventionierung von Leuten ohne Garten zu Leuten mit Garten. Aber es geht ihnen v.a. auch um den Gedanken, dass bis jetzt immer noch zu viele Sachen im Kehracht landen, die dort nicht landen sollten. Sie möchten, dass diese Lenkung weiterhin möglichst gross ist. Deshalb auch der Antrag.

Monique van Loon, Mitte/GLP wollte mehr oder weniger das sagen, was jetzt bereits gesagt wurde. Sie versteht nicht, wie man in einer Zeit, in der die Abfalltrennung und der Klimagedanke so wichtig sind, anfangen kann eine Gebühr zu erheben, die bei der Bevölkerung vermutlich sehr schlecht ankommen wird. Das Verursacherprinzip: ja. Aber wenn man es auf den Abfall abwälzt, würde man die stärker bestrafen, die mehr Abfall produzieren. Das ist aus Sicht der Rednerin das Logische. Sie möchte nicht, dass

man anfängt darüber zu diskutieren, ob man am System der Kompostverteilung mitmachen will. Das geht für sie komplett in die falsche Richtung in der heutigen Zeit. Sie findet auch den Gedanken, dass man von Bäumen in grösseren Gärten profitiert nicht ganz verkehrt. Ja, es gibt dort natürlich Gärten und reichere Leute, die mehr bezahlen können. Aber man darf auch nicht vergessen, dass diese bereits heute mehr Steuern bezahlen.

Lewin Lempert, SP findet, vielleicht müsse man nochmals kurz von vorne über das Thema diskutieren. Es geht um eine Gebühr auf Abfall: ja oder nein. Das ist die grundsätzliche Frage. Vom Kanton Wallis von irgendeiner Berggemeinde über die Stadt Basel bis hin zu jeder Gemeinde in diesem Kanton wird eine Gebühr für einen normalen Kehrichtsack verlangt. Darauf hat man sich als Gesellschaft geeinigt. Man könnte sagen, es wäre besser, wenn es gratis wäre. Aber da hat man die Erfahrung in den letzten Jahrzehnten gesammelt. Es macht Sinn, eine solche Gebühr zu verlangen. Ein Bogen mit Abfallmarken kosten ungefähr 35 Franken. Das ist nicht alle Welt, aber es führt dazu, dass die Leute bei der Abfallverursachung etwas achtsamer sind. Jetzt in diesem konkreten Geschäft geht es um die Grün- und Bioabfuhr. Der Redner hat sich das, was Rahel Amacker erwähnt hat, ganz zu Beginn des Geschäfts auch überlegt. Der Kompost-Abfall von der grossen Mehrheit der Leute in Binningen in den Mehrfamilienhäusern. Wenn er sich dann die Gebührenordnung anschaut und man sich einen Normcontainer 80-Liter vor das Mehrfamilienhaus stellen kann für 50 Franken im Jahr, dann ist das nichts.

Er wohnt in einem Haus mit fünf Mietparteien. Wenn diese alle eine 10er Note im Jahr geben, damit man einen Kompost betreiben kann, dann ist das sehr gerechtfertigt und weitaus günstiger als andere Lösungen. Wenn man aber sagt, man verzichtet grundsätzlich auf die Gebührenerhebung bei der Grünabfuhr, dann gibt es halt die Quersubventionierung von Leuten ohne Garten zu denen mit Garten. Es ist aus der Sicht eines Gesellschaftsvertrags einfach falsch, dass jemand, der 5 bis 10 Kilogramm Kompost pro Halbjahr verursacht gleichbehandelt wird wie jemand mit 25 Kubikmeter Grünabfuhr. Das ist einfach falsch. Es kann ihm niemand erzählen, dass das eine gerechte Finanzierungslösung sein soll. Daher findet der Votant die Gebührenordnung, die der Gemeinderat hier vorschlägt, absolut legitim. Sie ist kostengünstig. Sie ist günstiger als andere Gemeinden und erlaubt in den Fällen der Mehrfamilienhäuser nach wie vor einen Anreiz zur Kompostierung des Grünabfalls, während die, die viel Grünabfuhr verursachen auch ein bisschen etwas dafür bezahlen. Es ist aber auch nicht alle Welt.

Hubert Steffen, SVP weiss nicht, wieso hier so diskutiert wird. Er versteht es nicht. Es geht um eine Spezialfinanzierung. Das Wort sagt schon alles. Wenn jemand etwas verbraucht, dann muss er eine entsprechende Gebühr bezahlen. Es ist verboten, eine Quersubventionierung zu machen. Er ist völlig einer Meinung wie die Gemeindepräsidentin, dies schon mehrmals betont hat, dass es einfach so sein muss. Es gibt keine andere Lösung. Hin oder her. Sonst möchte er die Steuern auch in einer Spezialfinanzierung und dann kann man diskutieren, wer wie wo was bezahlt.

Gaida Löhr, SP möchte zum Vorschlag einer Kommissionsberatung Stellung nehmen. Ihrer Ansicht nach geht es um einen Grundsatzentscheid. Die Argumente wurden von beiden Seiten einige Male genannt. Wenn man sich für eine Grüngutgebühr entscheidet, dann ist der Vorschlag des Gemeinderats, so wie er vorliegt, überhaupt nicht bestritten. Wenn man dafür ist. Wenn man für die Alternative von Rahel Amacker ist, dann ist es eigentlich auch sehr klar, wie es ist. Dafür braucht es keine Kommission. Es braucht einfach eine Entscheidung des Einwohnerrats. Das kann eine Kommission dem Rat nicht abnehmen. Sie kann das noch drei Tage beraten, aber am Schluss muss dieser Grundsatzentscheid gefällt werden. Die Rednerin beantragt, dass dieser jetzt hier gefällt wird.

Nina Eldridge, Mitte/GLP würde gerne nochmals kurz auf das Votum von Lewin Lempert zurückkommen. Auch in Anbetracht dessen, was Rahel Amacker gesagt hat, geht es ihrer Fraktion darum, dass die Bevölkerung weiterhin gründlich Bioabfall und normalen Abfall trennt. Wenn sie nun 10 Franken im Jahr für Bioabfall bezahlt, sind es vielleicht 10 Franken weniger, wie wenn sie etwas mehr für den Kehricht bezahlen muss. Es ist ca. ein Franken im Monat, den sie weniger bezahlt. Dann ist ihre Überlegung

schon, ob sie am Abend noch vors Haus geht, um die Eierschale zu entsorgen. Trennt sie wirklich alles schön oder wirft sie es nicht doch schnell in den normalen Abfall? Es geht auch darum. Es geht darum, dass die Differenz zwischen dem, was der Grünabfall kostet, und dem Kehrichtsack grösser sein sollte als nur die 30 Rappen.

Marco Giani, FDP äussert, man müsse auch bedenken, dass es durchaus Sinn macht, den Abfall sauber zu trennen und den Grünabfall und Kompost zu sammeln. Es geht ja dann noch weiter. Man bringt den Häcksel und Torf wieder zurück in die Natur. Es ist nicht nur die Luft zum Einatmen, sondern es gibt auch wieder Material, um etwas Neues anzupflanzen, das auch wieder der Allgemeinheit zu Gute kommt. Klar sind es keine hohen Gebühren. Da ist er mit Lewin Lempert einig. Aber wie er bereits erwähnt hat, wird dies vermutlich nicht gut ankommen bei der Bevölkerung. Er findet, man müsse auch einmal etwas gut sein lassen. Querfinanzierungen gibt es auch in anderen Bereichen. Stichwort ÖV zum Beispiel. Er ist überzeugt, dass man eine Lösung finden wird, wie man dies finanzieren kann. Bisher konnte man es auch finanzieren.

Karin Glaser, Grüne/EVP äussert, die Welt werde hier in Binningen nicht neu erfunden, wenn man tatsächlich für die Grünabfuhr wieder bezahlen muss. Das war bis 2012 oder 2013 so. Damals musste man dafür bezahlen und es hat ihres Wissens niemand gejammert, dass es toll wäre, wenn es gratis wäre. Wenn sie etwas gratis erhält, ist es immer toll. Das ist so. Aber es gilt nach wie vor das Verursacherprinzip. Schlussendlich ist es auch eine Haltungssache, ob man es in den Mistkübel wirft oder nicht. Ihres Erachtens sind Gebühren dann nur sehr beschränkt ausschlaggebend. Sie findet es sehr wichtig, dass man Grüngut und Abfall, Glas usw. trennt. Solange der Kehricht grundsätzlich teurer ist, ist das sehr gut und zumindest ein Anstoss. Und wenn jemand kein Grüngut sammeln will, was sie sehr schade fände, dann sammelt er nicht. Dann ist es zweitrangig, was ein Grüngutcontainer kostet. Es ist eine Haltungssache. Sie glaubt auch nicht, dass das Geschäft in eine SpezKo muss.

Felix Gerber, Mitte/GLP hat noch eine kurze Frage an die Gemeindepräsidentin. Wie Nina Eldridge vorgerechnet hat, wären es ungefähr 25 Franken Mehrkosten pro Haushalt pro Jahr. Das sind ca. 50 Rappen pro Kehrichtsack. Nun liegt hier die günstigste Jahresvignette bei 50 Franken. Das Beispiel bei einem Mehrfamilienhaus, wo man die 50 Franken auf 10 Parteien aufteilen kann, ist etwas Anderes. Aber bei einem Haushalt mit einem normalen Kehrichtsack, einem Kompost und vielleicht keinen Garten. Dieser Haushalt würde jetzt 50 Franken bezahlen, damit er den Kompost abliefern kann anstatt die 25 Franken, die es für alle ist. Ist das richtig? Müsste man sich allenfalls überlegen, dies anzupassen für Leute, die nur einen 10-Liter oder 15-Liter Kübel haben?

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP weiss nicht, ob sie die Frage richtig verstanden hat. Sie weiss auch nicht, woher die 25 Franken kommen.

Felix Gerber, Mitte/GLP erklärt, dies sei umgeschlagen. 9000 Haushalte, die 50 Mal im Jahr etwas abgeben. Dann kommt man auf die 200 000 Franken / 225 000 Franken, die die Gemeinde als Zusatzeinnahmen vorgesehen hat. Die günstigste Jahresvignette kostet jetzt 50 Franken. Das ist eigentlich doppelt so viel, wie die durchschnittlichen Mehrkosten pro Haushalt, wenn jeder Haushalt Kompost hat. Wenn in Binningen das Ziel wäre, dass alle Haushalte einen Komposteimer vor dem Haus stehen haben, dann sollte jeder Haushalt 25 Franken dafür bezahlen. Aber diese Möglichkeit gibt es hier gar nicht. Sprich: Wenn man einen kleinen Kompost hat, dann bezahlt man 25 Franken zu viel, wie wenn man es auf den Durchschnitt umlegen würde.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP äussert, in einem 80-Liter Container habe auch mehr Platz als in einem kleinen Kompost-Kübel. Also kann man länger den Kompost dort reinwerfen.

Felix Gerber, Mitte/GLP stimmt zu. Aber viele Leute, die keinen Garten haben, brauchen dies ja nicht. Ein typischer Haushalt ohne Garten braucht nur einen kleinen Container.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP entgegnet, ein typischer Haushalt ohne Garten wohne im Mehrfamilienhaus und die haben einen gemeinsamen Container. Dort verteilen sich die Kosten wieder. Sie sieht die Rechnung nicht ganz. Es scheint ihr, dass hier Füchse mit Hasen verglichen werden.

Felix Gerber, Mitte/GLP geht es nur darum, dass am Schluss nicht jemand, der einen kleinen Kompost-Kübel hat, bestraft wird. Jetzt wird er eigentlich bestraft, indem er 50 Franken anstatt 25 Franken, wie wenn es auf alle umgelegt werden würde, bezahlen muss. So wie es jetzt vorgesehen ist, werden die Leute bestraft, die nur Haushaltsabfall haben. Die müssen für den 80-Liter Container bezahlen, obwohl sie diesen gar nie brauchen. Aber es ist ein Detail. Er dankt für die Klarstellung.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP fügt an, es gibt auch Einzelvignetten. Wenn man es auf diesem Weg machen möchte. Man kann im Container relativ viel unterbringen. Wenn es Häuser sind, ohne Grün, Rasen, Äste etc., dann ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass sie relativ nahe beieinander gebaut sind. Dann können sich auch zwei oder drei Häuser zusammentun. Genauso wie in einem Mehrfamilienhaus, wo man einen Container für 10, 20, 30 Wohnungen anschafft, kann man auch in einer Reihenhaussiedlung z.B. einen Container pro Strassenseite anschaffen. Das ist kein Problem. Dann verteilen sich die Kosten wieder. Sie sieht das Problem nicht ganz.

Felix Gerber, Mitte/GLP hat das Gefühl, dass vielleicht nicht alle derart gute Nachbarschaftsbeziehungen haben, um unkompliziert zusammen den 80-Liter Container teilen zu können. Er ist mit dem Input auch etwas spät dran. Er hofft, dass es keine Rückmeldungen von Leuten mit kleinen Küchenabfallvolumen geben wird, die sich benachteiligt fühlen. Aber es ist gut.

ABSTIMMUNG

Überweisung in SpezKo: 6 JA / 24 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 09)

://: Die Überweisung des Geschäfts in eine Spezialkommission wird abgelehnt.

Die Präsidentin liest den Antrag der Mitte/GLP vor: «Die Mitte/GLP-Fraktion beantragt, dass die Finanzierung der Grünabfuhr vollständig durch Anhebung der Kehrichtgebühr gedeckt wird. Sie beantragen, Lösungsvorschlag 2 der Kostendeckung anstatt Lösungsvorschlag 4, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, zu folgen.»

Antrag Mitte/GLP: Erhöhung Kehrichtgebühr: 9 JA / 21 NEIN / 6 Enthaltungen (Abstimmung 10)

://: Der Antrag der Mitte/GLP, die Finanzierung der Grünabfuhr vollständig durch Anhebung der Kehrichtgebühr zu decken (Lösungsvorschlag 2 des Gemeinderats) wird abgelehnt.

DETAILBERATUNG / LESUNG DES REGLEMENTS

§ 1 Geltungsbereich und Zweck

Keine Wortmeldungen.

§ 2 Begriffe

Absatz 1

Sirin Hauri, Grüne/EVP äussert, es stehe: «Siedlungsabfälle sind die aus Haushaltungen [...]». Hier sind vermutlich Haushaltungen gemeint.

Absatz 2 bis 5

Keine Wortmeldungen.

§ 3 Sorgfaltspflichten der Bevölkerung

Keine Wortmeldungen.

§ 4 Selbstverpflichtung der Gemeinde

Keine Wortmeldungen.

§ 6 Abfuhr von Siedlungsabfällen

Keine Wortmeldungen.

§ 8 Sammlung und Verwertung von wiederverwertbaren Abfällen

Keine Wortmeldungen.

§ 10 Sammlung und Beseitigung von Sonderabfällen aus Haushalten und von anderen Kleinverursachern

Keine Wortmeldungen.

§ 11 Sammlung und Beseitigung von Sonderabfällen aus Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben mit weniger als 250 Vollzeitstellen

Keine Wortmeldungen.

§ 12 Abfallrechnung

Keine Wortmeldungen.

§ 13 Gebühren

Keine Wortmeldungen.

§ 14 Information

Keine Wortmeldungen.

§ 17 Strafbestimmungen

Keine Wortmeldungen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Antrag 1 des Gemeinderats: 26 JA / 6 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 11)

Antrag 2 des Gemeinderats: Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst die Einführung einer Gebühr auf die Verwertung der Grün-/ Bioabfälle und die Teilrevision des Abfallreglements.

://: 2. Der Einwohnerrat nimmt die angepasste Gebührenordnung zur Kenntnis.

GESCHÄFTSBERATUNG

Evelyne Treuthardt, FDP dankt namens der FDP dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Energiestrategie. Das Wesentliche an einer Strategie ist, dass man sie auch an die Realität anpassen kann. Die Fraktion nimmt dies zur Kenntnis.

Sirin Hauri, Grüne/EVP äussert, die Grünen/EVP danken dem Gemeinderat für die angepasste Energiestrategie. Es ist klar, dass immer noch ein grosser Handlungsbedarf besteht. Es ist zwar erfreulich, dass sich der Energieverbrauch in den letzten 10 Jahren reduziert hat, erneuerbare Wärme und Energie zusammen machen aber leider weiterhin nur 14 Prozent des Energieverbrauchs in der Gemeinde aus. Die grössten Verbraucher sind weiterhin die Wärmegewinnung aus fossilen Energien mit 44 Prozent vor den Treibstoffen mit 30 Prozent. Es besteht ein grosses Potenzial zur Nutzung von Umweltwärme und Solarenergie, die trotz Fördermassnahmen nicht ausgeschöpft ist. Wo hat die Gemeinde überhaupt Handlungsspielraum? Auch dies sieht man im Bericht zur Energiestrategie. Man sieht, dass die Gemeinde v.a. bei der Wärmeversorgung und bei der Bereitstellung einer attraktiven Infrastruktur für Fussgänger und Velofahrer einen grossen Einfluss hat. Auch auf Gemeindeebene kann man also seinen Beitrag leisten. Weil wir in Binningen vergleichsweise viele Ressourcen haben, haben wir auch eine vergleichsweise grosse Verantwortung. Wenn Basel bis 2037 Netto-Null erreichen kann, sollte Binningen dann nicht auch ein ehrgeizigeres Ziel anstreben? Die Fraktion unterstützt daher das Postulat, das die Mitte/GLP noch einreichen wird, welches den Gemeinderat bittet zu prüfen, ob die Gemeinde das Potenzial hat, ein ehrgeizigeres Ziel zu erreichen. Vielleicht noch ein Detail bzgl. der Unterlagen. Die Fraktion findet es schade, dass die Änderungen in der Synopse nicht farblich hervorgehoben wurden und dass bei den Diagrammen z.T. die Farben gewechselt haben. Das macht den Vergleich sehr mühsam. Die Grünen/EVP danken dem Gemeinderat auch für die Umsetzung des Postulats zur Energiegewinnung auf gemeindeeigenen Immobilien. Sie sind einverstanden mit der Abschreibung.

Rahel Amacker, Mitte/GLP bedankt sich beim Gemeinderat für die Aktualisierung der Energiestrategie Binningen. Die Fraktion begrüsst die damit verbundene Fortschreibung der energiepolitischen Ziele in der Gemeinde. Die zentrale Planungsgrundlage ist wichtig für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit in Binningen. Die Mitte/GLP ist allerdings nicht überzeugt, dass die Zielsetzungen und Massnahmen ausreichend ambitioniert sind. Insbesondere der Zeithorizont bis 2050 für den Ausstieg aus fossilen Energien erscheint der Fraktion bspw. im Vergleich zum Netto-Null-Ziel von Basel-Stadt als wenig ehrgeizig. Die Dringlichkeit der Klimakrise erfordert, dass das Umsetzungstempo im Klimaschutz erhöht, die Massnahmen intensiviert und zusätzliche Schritte eingeleitet werden. Andere Gemeinden und Kantone setzen sich deutlich näher in der Zukunft liegende Ziele, um den notwendigen Wandel rascher voranzutreiben. Die Mitte/GLP ist überzeugt, dass auch Binningen hier eine Vorbildrolle übernehmen könnte. Daher wird die Fraktion das Postulat unterstützen, dass eine ambitioniertere Zielsetzung als den Ausstieg aus fossilen Energien bis 2050 prüfen soll.

Nun noch zum interfraktionellen Postulat «Klimaschutz und Energieversorgung auf gemeindeeigenen Immobilien». Die Rednerin findet es erfreulich, dass es mit der Umsetzung von energetischen Massnahmen auf gemeindeeigenen Immobilien in den kommenden Jahren vorwärts gehen soll. Die Fraktion wird jedoch einer Abschreibung heute Abend nur zustimmen, wenn der Gemeinderat erläutern kann, wie das Ergebnis des zweiten Punkts des Prüfungsauftrags, nämlich die Begründung von Dachflächen und Fassaden aussieht und was dazu geplant ist. Sollte eine zufriedenstellende Auskunft erfolgen, ist die Mitte/GLP bereit, das Postulat abzuschreiben.

Roman Oberli, SVP teilt mit, die SVP danke für das Vorliegen dieses Geschäfts. Sie nehmen die Strategie zur Kenntnis, dies aber in grossen Teilen ablehnend. Die Fraktion sieht viele Punkte davon kritisch. Als

Beispiel sehen sie die Kosten für diese Massnahmen kritisch im Verhältnis zum Nutzen. In einer Zeit, in der Binningen Geld mit vollen Händen ausgibt, gleichzeitig aber die Lebenshaltungskosten insbesondere für den Mittelstand und die unteren Einkommensschichten steigen, sollte die Gemeinde ihren Fokus besser darauf legen und nicht noch mehr Millionen für PV-Anlagen ausgeben. Im Bereich der Mobilität gilt es wieder einmal zu erwähnen, dass die E-Mobilität nicht das Allheilmittel dieses Problems ist, sondern auch neue schaffen kann. Es wird erwähnt, dass die E-Mobilität weniger Lärm verursacht. Das stimmt zwar, gleichzeitig erhöht sie aber auch das Unfallrisiko, da sich die anderen Verkehrsteilnehmer nicht mehr zwingend auf die akustischen Signale verlassen können. Der Leitsatz, den viele der Anwesenden noch im Kindergarten gelernt haben «Luege, loose, laufe» gilt es also nur noch mit Vorsicht zu geniessen. Der Abschreibung des Postulats stimmt die SVP zu.

Lewin Lempert, SP erläutert, die SP nehme die Energiestrategie mit Wohlwollen zur Kenntnis. Die Fraktion sieht auch, dass die Klimakrise eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit ist. Sie danken dem Gemeinderat, dass er hier am Ball bleibt und Möglichkeiten auf kommunaler Ebene auslotet, um etwas für mehr Klimaschutz und mehr Energiesicherheit zu machen. In dieser Strategie werden v.a. drei Ziele verfolgt, die relevant sind, wenn man etwas erreichen möchte. Und zwar, dass man von fossilen Heizungen auf erneuerbare Heizungen umstellt. Dass man versucht, fossile Treibstoffe zu eliminieren und im Gegenzug den Fussgänger- und Veloverkehr, den ÖV und die Elektrifizierung des MIV fördert. Und drittens, dass man bei der erneuerbaren Stromproduktion vorwärts macht und vermehrt PV-Anlagen installiert. Vielleicht hierzu ganz kurz: Energie kostet immer. Es ist sinnvoller, wenn man die Energie hier bei uns mit PV-Anlagen produziert, als Energie aus dem Ausland teuer einzukaufen. In den Augen des Votanten ist es insbesondere zu begrüßen, dass neu 50 Prozent des Strombedarfs von Gemeindebauten mit eigenen PV-Anlagen gedeckt werden soll. Die entsprechenden Investitionen müssen dann auch getätigt werden. Grundsätzlich scheint es der SP wichtig, dass für die Umsetzung der Strategie auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Hier gibt es sicher noch einzelne Fragen zu klären bzw. ist noch nicht klar, wie man genau was finanziert in den nächsten Jahrzehnten. Die Fraktion dankt der Mitte/GLP und den Grünen für die Bereitschaft zu mehr Ambitionen im Bereich Klimaschutz. Die SP teilt die Ambitionsbereitschaft, weil sie auch der Ansicht ist, man müsse vorwärts machen beim Klimaschutz. Es ist eine Chance für die Gemeinde, unabhängiger zu werden in der Energieproduktion.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die grundsätzlich wohlwollende Aufnahme. Den Hinweis bzgl. der Synopse mit der farblichen Unterscheidung nimmt sie gerne auf. Das war keine Absicht. Manchmal denkt man einfach nicht an alles. Sie nimmt es aber gerne auf. Dass die Gemeinde mit den Zielen zu wenig ehrgeizig unterwegs ist, nimmt sie so zur Kenntnis. Der Kanton Basel-Landschaft ist mit dem Ziel 2050 unterwegs. Es gibt nur einen Teilbereich, den die Gemeinde selbst steuern kann. Lewin Lempert und einige andere haben es erwähnt. Ein grosser Bereich ist die Wärmetransformation. Bei der Wärmetransformation hat man das grosse Problem, dass noch relativ viel Gas vorhanden ist. Gas kann die Gemeinde vorne nicht abstellen, solange die in den dahinterliegenden Gemeinden noch daran hängen. Die Gasstillegung beim Kanton ist nicht vor 2050 vorgesehen. Wenn Leute freiwillig vorher schon aus dem Gas aussteigen wollen, dann ist das möglich. Aber die Gemeinde hat keine Handhabe, sie dazu zu zwingen. Es wird natürlich versucht, erneuerbare Wärmeerzeugung zu fördern und zu unterstützen. Es gab im letzten Jahr auch schon Informationsveranstaltungen dazu. Aber beim Gas gibt es einfach die Schwierigkeit, dass die Gemeinde keinen Hebel hat. Dort ist man vom Kanton abhängig, der halt ein anderes Jahresziel hat.

Bzgl. fossiler Treibstoffe und Stromerzeugung hat die Gemeinde sicher mehr Möglichkeiten. Ob es in der Summe reicht, ein ehrgeizigeres Ziel zu erreichen, wird der Gemeinderat gerne prüfen, wenn ein entsprechender Vorstoss kommt. Zu den Dachbegrünungen, die ein Thema waren, erläutert die Gemeindepräsidentin, dass sie einerseits im Massnahmenplan Klimaanpassung enthalten sind. Sie hat es heute schon einmal erwähnt. Dieser gilt unabhängig davon, was in der Energiestrategie steht. Es gibt schon diverse Dachbegrünungen auf dem Mühlematt- und Meirackerschulhaus – sie hat dies heute extra noch abgeklärt – auf dem Garderobengebäude Spiegelfeld, dem Anbau Neusatz und dem Kindergarten, auf

der Gemeindeverwaltung teilweise, auf dem Friedhof auf der Aufbahrungshalle und dem Betriebsgebäude und auf dem Kindergarten Blumenstrasse. Es wurden schon einige Dachbegrünungen realisiert und selbstverständlich wird dies auch wo möglich und geeignet bei weiteren eigenen Bauten gemacht, wie es im Massnahmenplan Klimastrategie festgeschrieben ist.

Ralph Büchelin, SP hätte noch eine Frage. Bei der Mobilität wird geschrieben, dass gemeindeeigene Fahrzeuge und Fahrzeuge aus beauftragten Diensten elektrisch sein sollen. Gerade bei der Kehrrichtabfuhr würde er gerne wissen, ob es realistisch ist, dass man hier von Dieselfahrzeugen auf batteriebetriebene Fahrzeuge umsteigt. Insbesondere bei der Grünabfuhr wäre es sehr schön keinen Diesel zu haben, sondern ein elektrisch betriebenes Fahrzeug. Die Frage wäre, ob diese Forderung überhaupt realisierbar ist, insbesondere grosse Lastwagen mit Batterien zu betreiben.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt, die Kehrrichtabfuhr sei seit dem 1.1.2024 elektrisch. Bei der Grünabfuhr läuft der Vertrag noch bis Ende 2026. Für die neue Ausschreibung kann man dann einen CO₂-neutralen Treibstoffantrieb ausschreiben. Das wird man auch so machen, wie man es bei der Kehrrichtabfuhr auch schon gemacht hat.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Kenntnisnahme.

Antrag 2: Einstimmig JA (Abstimmung 12)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt die aktualisierte Energiestrategie Binningen zur Kenntnis.

://: 2. Der Einwohnerrat schreibt das interfraktionelle Postulat «Klimaschutz und Energieversorgung auf gemeindeeigenen Immobilien» als erledigt ab.

Traktandum 12

Nr. 45

Energiefonds - Bericht 2024, Ausblick

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 13

Nr. 18

Interpellation H. Steffen, SVP: Öffentliche Anlagen Paradiesstrasse/ Weinbergstrasse, Hölzlistrasse

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Motion Th. Schwarb, Grüne: Veloroute Leimental in Binningen**BESCHLUSS**

://: Verschieden.

Traktandum 15**Nr. 21****Interpellation K. Lancashire, FDP: Zusatzbeiträge zu den Ergänzungsleistungen - Kostenentwicklung genauer beleuchten****BESCHLUSS**

://: Verschieden.

Traktandum 16

Diversa

Lukas Jegge, Mitte/GLP hat noch ein kleines Anliegen. Es wurde heute sehr viel über Abfall geredet. Er hat vermutlich noch nie 2,5 Stunden über Abfall gesprochen. Nichtsdestotrotz geht es ihm noch um die Kommunikation. Was hat der Gemeinderat vor, wie dies mit den Abfallgebühren genau laufen wird? Wann und wie wird das kommuniziert? Im Binner Anzeiger oder auf anderen Kanälen?

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt, der Gemeinderat werde die Kommunikation sauber vorbereiten. Es ist jetzt noch etwas früh. Es wurde noch nichts vorbereitet. Zuerst musste man abwarten, ob es vom Einwohnerrat überhaupt gutgeheissen wird. Nun wird man mit dem Anbieter der Vignetten schauen. Es braucht auch dort eine gewisse Vorlaufzeit. Dann wird sicher via Binner Anzeiger kommuniziert und wahrscheinlich werden Flyer in die Haushalte verteilt. Das Kommunikationskonzept steht noch nicht im Detail. Es ist aber klar, dass die Bevölkerung angemessen und frühzeitig informiert wird. Es muss auch noch abgeklärt werden, ob eine Bestellung auf elektronischem Weg möglich ist, dass man die Vignette bestellen kann und sie dann heimgeschickt bekommt, oder ob man sie auf der Verwaltung abholen muss. Hier versucht man, eine möglichst einwohnerfreundliche Lösung zu finden. Das sind Details, die man jetzt ausarbeiten muss.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung um 22.00 Uhr und hofft, dass viele der Anwesenden zum Apéro bleiben können.

ER-Sitzung vom 27. Januar 2025

			Gesch. Nr. 33		Gesch. Nr. 199/XIII	Gesch. Nr. 23	Gesch. Nr. 20		Gesch. Nr. 22	Gesch. Nr. 29
			01	02	03	04	05	06	07	08
Nr.	Name	Fraktion	Genehmigung teilrevidierte Geschäftsordnung ER	Inkraftsetzung rückwirkend per 1. Januar 2025	Abschreibung Postulat	Abschreibung Postulat	Überweisung Postulat	Abschreibung Postulat	Nicht-Überweisung Postulat	Diskussion
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Noack	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
15	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Ja	Nein	Ja	Ja
21	Röschli	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
30	Maier	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
31	Schori	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
34	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
TOTAL										
Ja			35	35	33	34	34	21	31	36
Nein			0	0	0	0	0	15	4	0
Enthaltungen			0	0	1	1	1	0	1	0
			35	35	34	35	35	36	36	36

ER-Sitzung vom 27. Januar 2025

			Gesch. Nr. 43			Gesch. Nr. 44
			09	10	11	12
Nr.	Name	Fraktion	Antrag Widmer: Überweisung in SpezKo	Antrag Mitte/GLP: Erhöhung Kehrichtgebühr	Einführung Grüngut- gebühr & Teilrevision Abfallreglement	Abschreibung Postulat
1	Bertschi	EVP	Nein	Nein	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Ja	Nein	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Ja
9	De Fregias	SP	Nein	Nein	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Nein	Nein	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Nein	Nein	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Nein	Enthaltung	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Nein	Ja	Ja
14	Noack	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
15	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Enthaltung	Ja
16	Amacker	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Nein	Ja	Nein	Ja
18	Gerber	GLP	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Ja
19	Jegge	Mitte	Nein	Enthaltung	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Not voted	Ja	Nein	Ja
21	Röschli	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
22	van Loon	GLP	Enthaltung	Ja	Nein	Ja
23	Behrends	FDP	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
25	Giani	FDP	Enthaltung	Nein	Nein	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja
29	Lüthi - La Roche	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja
30	Maier	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
31	Schori	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja
34	Kremo	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja
35	Marti	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Enthaltung	Nein	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Enthaltung	Nein	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Nein	Nein	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja
TOTAL						
Ja			6	9	26	36
Nein			24	21	6	0
Enthaltungen			5	6	4	0
			35	36	36	36